

Prognose der österreichischen Wirtschaft 2020–2021

COVID-19-bedingte Rezession erfordert
außergewöhnliche wirtschaftspolitische
Anstrengungen

Sperrfrist: Freitag, 26. Juni 2020, 10:30 Uhr



INSTITUT FÜR HÖHERE STUDIEN
INSTITUTE FOR ADVANCED STUDIES
Vienna

Prognose der österreichischen Wirtschaft 2020–2021

COVID-19-bedingte Rezession erfordert
außergewöhnliche wirtschaftspolitische
Anstrengungen

Benjamin Bittschi

Ines Fortin

Daniela Grozea-Helmenstein

Jaroslava Hlouskova

Helmut Hofer

Sebastian P. Koch

Martin G. Kocher

Robert M. Kunst

Michael Reiter

Richard Sellner

Klaus Weyerstraß



AutorInnen

Benjamin Bittschi, Ines Fortin, Daniela Grozea-Helmenstein, Jaroslava Hlouskova, Helmut Hofer, Sebastian P. Koch, Martin G. Kocher, Robert M. Kunst, Michael Reiter, Richard Sellner, Klaus Weyerstraß

Titel

Prognose der österreichischen Wirtschaft 2020–2021

COVID-19-bedingte Rezession erfordert außergewöhnliche wirtschaftspolitische Anstrengungen

Wirtschaftsprognose / Economic Forecast 112

Kontakt

Martin G. Kocher

T +43 1 59991-125

E direktion@ihs.ac.at

Helmut Hofer

T +43 1 59991-251

E hofer@ihs.ac.at

Klaus Weyerstraß

T +43 1 59991-233

E klaus.weyerstrass@ihs.ac.at

Paul Glück (Public Relations)

T +43 660 150 5001

E glueck@paulglueck.com

2020 Institut für Höhere Studien – Institute for Advanced Studies (IHS)

Josefstädter Straße 39, A-1080 Wien

T +43 1 59991-0

F +43 1 59991-555

www.ihs.ac.at

ZVR: 066207973

Alle Inhalte sind ohne Gewähr. Jegliche Haftung der Mitwirkenden oder des IHS aus dem Inhalt dieses Werkes ist ausgeschlossen.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung und Zusammenfassung	7
2	Die internationale Konjunktur	16
2.1	Überblick.....	16
2.2	Länderprognosen.....	20
3	Die österreichische Außenwirtschaft.....	31
4	Perspektiven der Inlandskonjunktur.....	32
5	Monetäre Prognose	44
6	Tabellenanhang.....	47

COVID-19-bedingte Rezession erfordert außergewöhnliche wirtschaftspolitische Anstrengungen

Die COVID-19-Pandemie und die notwendigen Maßnahmen zu ihrer Eindämmung haben eine äußerst tiefe globale Rezession ausgelöst. Die österreichische Wirtschaft ist im ersten Halbjahr historisch stark geschrumpft. Kommt es zu keiner größeren zweiten Infektionswelle, dürfte die Wirtschaftsleistung im Gesamtjahr 2020 um 7,3 % zurückgehen. Im kommenden Jahr sollte sich die Wirtschaft wieder erholen und um 5,8 % wachsen. Aufgrund der schweren Wirtschaftskrise wird erwartet, dass die Arbeitslosenquote im heurigen Jahr von 7,4 % auf 10,2 % ansteigt. Für nächstes Jahr wird ein Rückgang auf 9,2 % prognostiziert. Die Inflation dürfte mit Werten von 1,0 % bzw. 1,3 % moderat bleiben. Der tiefe Wirtschaftseinbruch und die notwendigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen belasten die öffentlichen Haushalte schwer. Bei der Bewältigung der Krise sollte die Wirtschaftspolitik auf eine Stärkung der Wachstumskräfte setzen, was die erforderliche Haushaltskonsolidierung erleichtern würde.

1 Einleitung und Zusammenfassung

Die heimische Wirtschaftsleistung ist im ersten Halbjahr voraussichtlich um 9,5 % gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahrs geschrumpft. Maßgeblich dafür waren die strengen Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie. Geschäfte, in denen nicht-lebensnotwendige Güter verkauft werden, sowie Schulen, Kindergärten, Restaurants, Kaffeehäuser, Freizeit- und Sporteinrichtungen wurden geschlossen. Da es, nicht zuletzt aufgrund der Ausgangsbeschränkungen, zu einem starken Rückgang der Nachfrage in einzelnen Branchen kam und zudem MitarbeiterInnen wegen Kinderbetreuungspflichten nicht zur Arbeit gehen konnten, kam es zu temporären Schließungen von Produktionsstätten. Starke negative Impulse kamen auch aus dem Ausland. Eine geringere Produktion in wichtigen Exportmärkten führte in weiterer Folge zu einer schwächeren Nachfrage nach Vorleistungsgütern aus Österreich. Maßnahmen zur Reduktion der Mobilität, etwa verstärkte Grenzkontrollen, beeinträchtigten die Just-in-time-Produktion. Damit kam es zu temporären Unterbrechungen von Lieferketten. Laut Schätzungen der Oesterreichischen Nationalbank betrug der Rückgang der wöchentlichen Wirtschaftsleistung in der Lockdown-Phase rund 25 % (Ende März bis Mitte April) bzw. 20 % (Mitte April bis Anfang Mai) (siehe den wöchentlichen BIP-Indikator <https://www.oenb.at/Publikationen/corona.html>). Seit Mitte April werden die Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie schrittweise

zurückgenommen, und der Rückgang der wirtschaftlichen Aktivität beläuft sich seit Anfang Mai auf rund 10 %. Hinsichtlich der weiteren Entwicklung der Pandemie trifft das Institut für die aktuelle Prognose die Annahme, dass es zu keinem neuerlichen großflächigen Ausbruch kommt. Der Tiefpunkt der Rezession wurde voraussichtlich im zweiten Quartal erreicht, anschließend sollte die wirtschaftliche Aktivität wieder kräftig anziehen. Diese Entwicklung wird auch für die wichtigsten Handelspartner Österreichs unterstellt. Vor diesem Hintergrund erwartet das Institut für das Gesamtjahr 2020 einen Rückgang der Wirtschaftsleistung um 7,3 %. Im kommenden Jahr sollte die Wirtschaftsleistung um 5,8 % zulegen. Für die Wirtschaft im Euroraum wird ein Schrumpfen um 8,5 % bzw. ein Anstieg um 6,3 % erwartet.

Die COVID-19-Pandemie und insbesondere die Maßnahmen zu ihrer Eindämmung haben den stärksten Einbruch der Weltwirtschaft seit den 1930er Jahren verursacht. Ausgehend von China griff die Pandemie auf Europa über und erfasst gegenwärtig fast die gesamte Welt. Die wirtschaftlichen Stimmungsindikatoren in den betroffenen Ländern erreichten historische Tiefststände. Bereits im ersten Quartal ist die Wirtschaftsleistung im Euroraum gegenüber dem Vorquartal um 3,6 % zurückgegangen, wobei der Rückgang in Spanien, Frankreich, Italien und der Slowakei jeweils gut 5 % betrug. In den USA schrumpfte die Wirtschaft um 1,3 %. Im zweiten Quartal dürfte der Tiefpunkt der weltweiten Rezession erreicht worden sein, und die Weltwirtschaft sollte ab der Jahresmitte wieder expandieren. So scheint die Wirtschaft in China nach dem starken COVID-19-bedingten Einbruch im ersten Quartal bereits im zweiten Quartal wieder gewachsen zu sein. Seit Ende April werden auch in Europa die Eindämmungsmaßnahmen zunehmend gelockert und die Wirtschaftsaktivitäten langsam wieder ausgeweitet. Dies reflektieren auch verbesserte Stimmungsindikatoren, allerdings auf weiterhin sehr niedrigen Niveaus. Unterstützend wirken die äußerst umfangreichen geld- und fiskalpolitischen Maßnahmen, die zur Begrenzung der ökonomischen Folgen der COVID-19-Pandemie ergriffen wurden. Gegen eine rasche Rückkehr der Wirtschaftsleistung auf das Vorkrisenniveau spricht aber die große Unsicherheit, insbesondere über den weiteren Verlauf der Pandemie. Die gestiegene Arbeitslosigkeit und die weiterhin fortbestehenden Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie, die einige Branchen besonders treffen, dürften die Wirtschaftserholung ebenfalls dämpfen.

Vor diesem Hintergrund erwartet das Institut folgendes internationales Konjunkturbild. Nach einem Einbruch um 7,0 % dürfte die US-Wirtschaft im Jahr 2021 um 5,0 % zulegen. Im laufenden Jahr wird die Wirtschaft im Euroraum voraussichtlich um 8,5 % schrumpfen. Für das kommende Jahr wird ein Wachstum von 6,3 % erwartet. Anders als in der Finanzkrise 2008/2009 verzeichnen wohl auch die Schwellenländer einen starken Wirtschaftseinbruch. Somit erwartet das Institut für die Weltwirtschaft einen Rückgang

der Wirtschaftsleistung um 4,8 %. Im kommenden Jahr sollte die globale Wirtschaft um 5,3 % zulegen.

Üblicherweise wirkt der Konsum stabilisierend bei Konjunkturerinbrüchen. Von den gesundheitspolitisch motivierten Eindämmungsmaßnahmen war aber insbesondere der Dienstleistungsbereich betroffen. In der Lockdown-Phase wurden die Konsummöglichkeiten stark eingeschränkt; so kamen die wirtschaftlichen Aktivitäten im Handel mit nicht-lebensnotwendigen Gütern, im Tourismus sowie im Bereich Unterhaltung/Kultur fast vollständig zum Erliegen. Zusätzlich dürfte die hohe Unsicherheit die Ausgabebereitschaft dämpfen. Vor diesem Hintergrund erwartet das Institut einen Rückgang des privaten Konsums in Österreich um 4,4 % im heurigen Jahr. Nächstes Jahr sollte dieses Nachfrageaggregat um 4,6 % zulegen. Die Prognose impliziert einen Anstieg der Sparquote von 8,3 % auf 10,9 % im laufenden Jahr. Nächstes Jahr könnte die Sparquote wieder auf 8,9 % fallen.

In den vergangenen Jahren wurde kräftig investiert. Allerdings ist der ungewöhnlich lange Investitionszyklus bereits im Vorjahr ausgelaufen. Mit der Wirtschaftskrise sind die traditionell konjunkturreagiblen Investitionen eingebrochen. Die hohe Unsicherheit über die weitere Wirtschaftsentwicklung, die geringe Kapazitätsauslastung, die verschlechterte Eigenkapitalausstattung und die COVID-19-bedingten Einschränkungen in den Lieferketten belasten die Investitionen. Erst gegen Ende des Jahres könnten die Investitionen, auch gestützt von den Fördermaßnahmen der Regierung, wieder anziehen. Insgesamt erwartet das Institut einen Rückgang der Anlageinvestitionen um knapp 8 %. Während die Ausrüstungsinvestitionen um 12,5 % schrumpfen dürften, wird für die Bauten ein Minus von 2,5 % erwartet. Aufgrund der erwarteten internationalen Konjunkturaufhellung sollten die Anlageinvestitionen im Jahr 2021 um 4,1 % expandieren (Ausrüstungen 6,5 %, Bauten 1,5 %). Die Bruttoinvestitionen fallen im laufenden Jahr voraussichtlich um 11,1 % und sollten im kommenden Jahr um 4,2 % steigen.

Der starke Einbruch der Weltwirtschaft belastet den Welthandel. Bereits im ersten Quartal des laufenden Jahres lag der Welthandel um knapp 3 % unter dem Wert des Vorjahres. Im weiteren Jahresverlauf dürfte er noch deutlich stärker einbrechen, sodass für das Gesamtjahr 2020 ein Rückgang um 13 % erwartet wird. Mit dem Anziehen der Konjunktur sollte der Welthandel im nächsten Jahr wieder an Fahrt gewinnen und um 8 % ausgeweitet werden. Die starke Rezession bei den Haupthandelspartnern schlägt sich in der Entwicklung der heimischen Exportmärkte nieder. Schon vor dem Ausbruch der Corona-Krise im März waren die Warenexporte rückläufig. Für das Gesamtjahr 2020 erwartet das Institut einen Einbruch der realen Warenexporte um 10,0 %. Aufgrund der noch schlechteren Entwicklung der Dienstleistungsexporte, insbesondere im Tourismus, sollten die Gesamtexporte laut VGR um 11,3 % fallen. Mit der erwarteten

internationalen Konjunkturerholung sollten auch die österreichischen Exportmärkte wieder merklich zulegen, sodass die Exporte im Jahr 2021 voraussichtlich um 9,0 % expandieren werden. Die schwache Inlandsnachfrage und die rückläufigen Exporte lassen für das Jahr 2020 einen Rückgang der Importe laut VGR um 7,3 % erwarten. Nächstes Jahr sollten sie um 5,4 % zulegen.

Ausgehend von 2,0 % verlangsamte sich der Preisauftrieb im Jahresverlauf und sank im Mai auf 0,7 %. Die ohne Energie und Nahrungsmittel berechnete Kerninflation liegt gegenwärtig bei gut 1,5 %. Insbesondere der niedrige Rohölpreis dämpft den Preisanstieg. Im weiteren Jahresverlauf sind weder von der Konjunktur noch von den internationalen Rohstoffmärkten preistreibende Impulse zu erwarten, sodass das Institut eine Inflationsrate von 1,0 % für den Jahresdurchschnitt 2020 erwartet. Mit dem Wegfall des Basiseffekts bei den Energiepreisen dürfte die Inflationsrate im kommenden Jahr geringfügig auf 1,3 % steigen.

In den vergangenen Jahren hat sich der Arbeitsmarkt sehr positiv entwickelt. Mit dem Lockdown hat sich die Lage am Arbeitsmarkt jedoch schlagartig verschlechtert. Die Beschäftigung ist eingebrochen und die Zahl der registrierten Arbeitslosen ist stark gestiegen. Die Corona-Kurzarbeit hat einen noch stärkeren Zuwachs der Arbeitslosigkeit verhindert. Mit der zunehmenden wirtschaftlichen Aktivität verbessert sich die Lage am Arbeitsmarkt im Jahresverlauf etwas. Für den Jahresdurchschnitt 2020 erwartet das Institut eine Arbeitslosenquote laut nationaler Definition von 10,2 %, ausgehend von 7,4 % im Vorjahr. Im kommenden Jahr sollte die Beschäftigungsnachfrage wieder anziehen und die Arbeitslosenquote auf 9,2 % zurückgehen. Verstärkte Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik, neben klassischen Maßnahmen hinsichtlich Besteuerung und Abgaben, sind wohl notwendig, um potenzieller Langzeitarbeitslosigkeit entgegenzuwirken.

Im Einklang mit der internationalen Entwicklung hat die österreichische Bundesregierung zahlreiche fiskalpolitische Maßnahmen gesetzt, um den Wirtschaftseinbruch abzumildern und das „Hochfahren“ der Wirtschaft zu unterstützen. Im März wurde ein umfangreiches Hilfspaket in Höhe von 38 Mrd. Euro zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen der Pandemie aufgelegt. Inkludiert sind in diesem Paket ein Härtefallfonds vor allem für Kleinunternehmen, ein Corona-Hilfsfonds mit Garantien und Haftungen zur Kreditsicherung von Unternehmen und einem Fixkostenzuschuss, Steuerstundungen sowie Mittel zur Finanzierung von Kurzarbeitsbeihilfen. Dazu kommen unter anderem zusätzliche Mittel für den Gesundheitsbereich. Im Rahmen der Regierungsklausur Mitte Juni wurden weitere Maßnahmen (Investitionsförderungen, Steuersenkungen, Einmalzahlungen für Kinder und Arbeitslose, staatliche Investitionen) vorgestellt, sodass das Gesamtpaket einen Umfang von rund 50 Mrd. Euro aufweist. Insgesamt gesehen sind diese staatlichen Maßnahmen notwendig, um die Wirtschaft zu

stabilisieren bzw. mittelfristig auf einen stabilen Wachstumskurs zu bringen; allerdings wird dadurch das Budget massiv belastet. Gegenwärtig geht das Institut von einem gesamtstaatlichen Defizit von 11,5 % des BIP aus. Nächstes Jahr könnte das Defizit auf 4,0 % des BIP zurückgehen. Die Abschätzung des Budgetdefizits ist aber mit großer Unsicherheit behaftet. Nach Bewältigung der Krise sind jedenfalls Anstrengungen zur Haushaltskonsolidierung notwendig. Die Wirtschaftspolitik sollte durch die Förderung von Zukunftsinvestitionen in den Bereichen Bildung, Forschung und Entwicklung, Technologie und Infrastruktur die Wachstumskräfte der heimischen Volkswirtschaft stärken. Notwendig sind auch wirksame Maßnahmen zur Erreichung der Klimaziele. Reformen etwa in den Bereichen Pensionen und Föderalismus könnten Einsparungspotenziale heben.

Weiterhin dominieren die Abwärtsrisiken für die Weltkonjunktur. Die Unsicherheiten über Ausmaß und Dauer des wirtschaftlichen Einbruchs sind äußerst hoch. Aufgrund des atypischen Charakters dieser Krise mussten neue Messmethoden zur Abschätzung des Produktionsrückgangs herangezogen werden, die mit größerer Unsicherheit behaftet sind. Die Stärke und Nachhaltigkeit der Erholung hängen vom weiteren Verlauf der Pandemie und den resultierenden Eindämmungsmaßnahmen in Österreich und auch in anderen Ländern ab. Eine zweite Welle der Pandemie würde wohl zu einem geringeren Wirtschaftseinbruch als im Frühjahr führen, aber die Stimmung von KonsumentInnen und Unternehmen sowie die erwartete Erholung merklich dämpfen. Trotz der zahlreichen Stützungsmaßnahmen kann ein verstärktes Auftreten von Unternehmensinsolvenzen im Herbst und Winter nicht ausgeschlossen werden. Auch abseits der COVID-19-Pandemie bestehen Abwärtsrisiken. So könnten protektionistische Tendenzen im Welthandel wieder zunehmen. Eine Verschärfung des Handelskonflikts zwischen den USA und China, und insbesondere zwischen den USA und der Europäischen Union, würde die europäische Konjunktur bremsen. Weiterhin herrscht Unsicherheit über die finale Ausgestaltung der Handelsbeziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich. Bezüglich der inländischen Risiken könnten die hohe Unsicherheit über die weitere Wirtschaftsentwicklung sowie die stark gestiegene Arbeitslosigkeit den Aufschwung stärker dämpfen als erwartet. Allerdings bestehen auch Aufwärtsrisiken. Möglicherweise ist der Einbruch der heimischen Wirtschaft doch schwächer ausgefallen als momentan eingeschätzt und die wirtschaftliche Erholung könnte schneller erfolgen als erwartet, insbesondere dann, wenn die Suche nach einem wirksamen Medikament bzw. einem Impfstoff gegen das Coronavirus rascher Erfolg zeigt als erwartet.

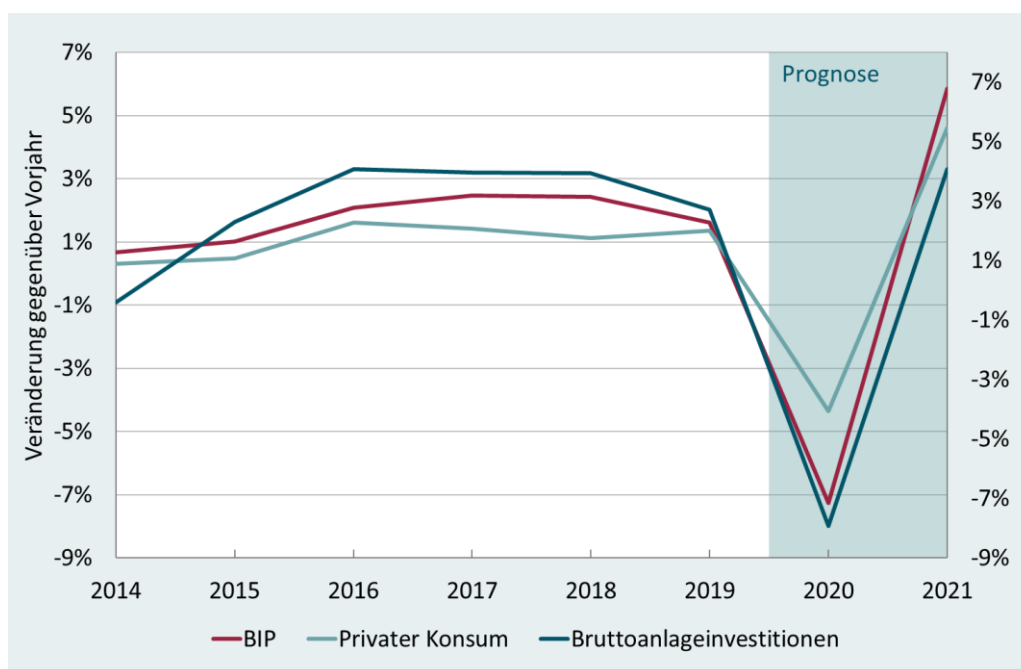
Tabelle 1: Wichtige Prognoseergebnisse
Veränderungen gegenüber Vorjahr in Prozent

	2019	2020	2021
Bruttoinlandsprodukt, real	1,6	-7,3	5,8
Privater Konsum, real	1,4	-4,4	4,6
Bruttoinvestitionen, real	2,4	-11,1	4,2
Bruttoanlageninvestitionen, real	2,7	-7,9	4,1
Ausrüstungsinvestitionen, real	2,9	-12,5	6,5
Bauinvestitionen, real	2,4	-2,5	1,5
Inlandsnachfrage, real	1,4	-4,9	3,8
Exporte i. w. S., real	2,9	-11,3	9,0
Waren, real (laut VGR)	2,1	-10,0	7,8
Reiseverkehr, real (laut VGR)	3,0	-28,0	25,0
Importe i. w. S., real	2,7	-7,3	5,4
Waren, real (laut VGR)	1,9	-6,3	4,3
Reiseverkehr, real (laut VGR)	1,3	-20,5	17,0
Unselbständig Aktiv-Beschäftigte	1,6	-2,5	1,5
Arbeitslosenquote: Nationale Definition*	7,4	10,2	9,2
Arbeitslosenquote: Eurostat-Definition*	4,5	5,8	5,3
Bruttolohnsumme pro Aktiv-Beschäftigten	2,7	0,5	1,0
Preisindex des BIP	1,7	1,5	1,1
Verbraucherpreisindex	1,5	1,0	1,3
Budgetsaldo Maastricht in % des BIP*	0,7	-11,5	-4,0
3-Monats-Euribor*	-0,4	-0,4	-0,4
10-Jahres-Rendite österreichischer Staatsanleihen*	0,0	-0,1	0,1

Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen

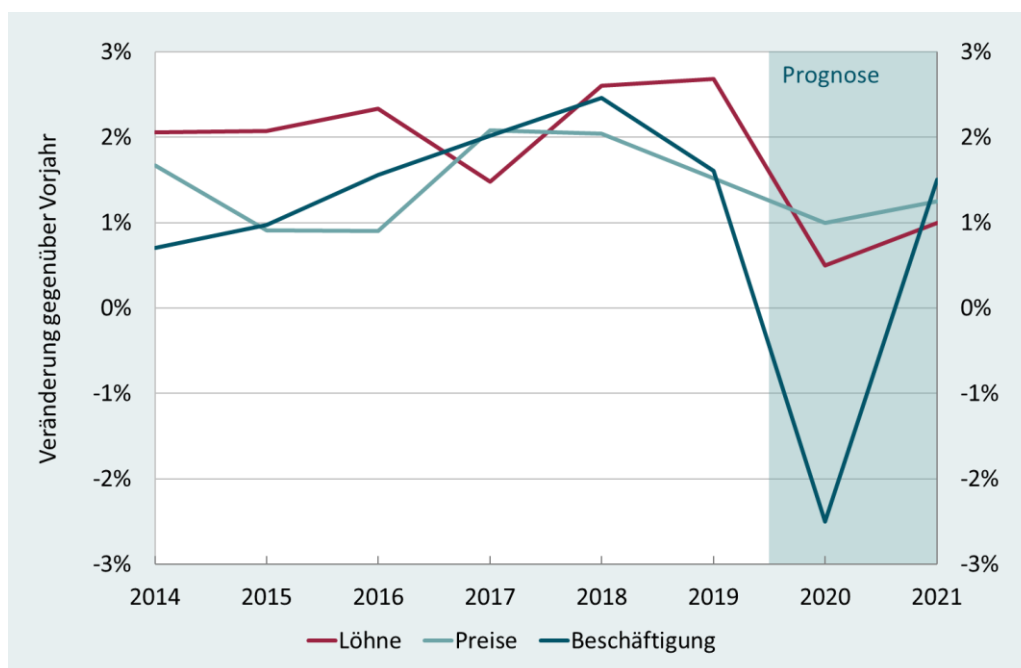
*absolute Werte

Abbildung 1: BIP, Privater Konsum und Bruttoanlageinvestitionen, real



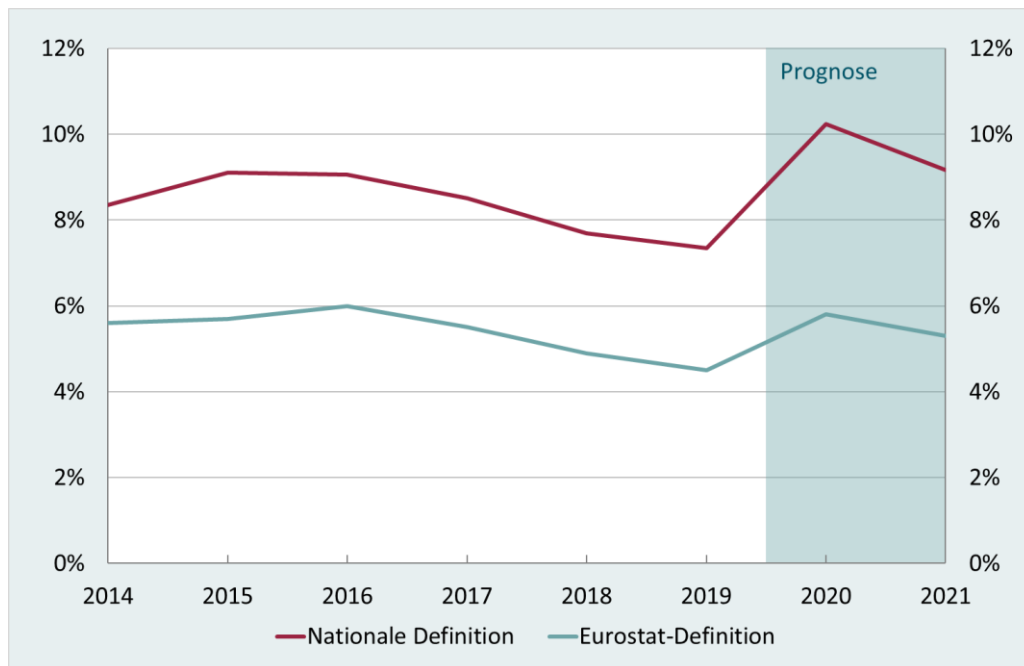
Quelle: Statistik Austria, WIFO, ab 2020 Prognose des IHS

Abbildung 2: Löhne, Preise und Beschäftigung



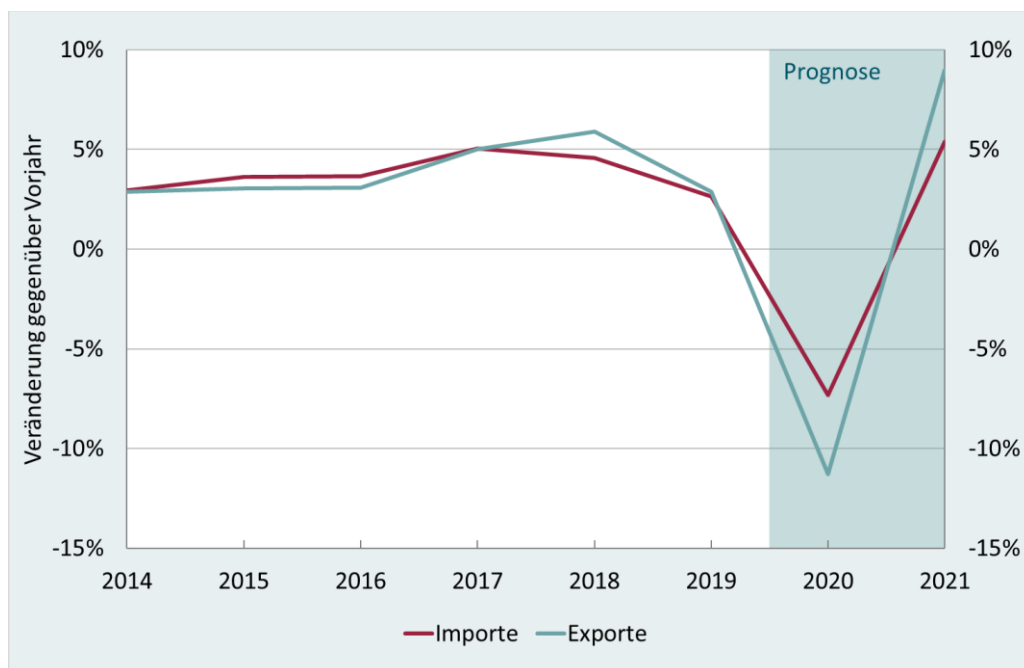
Quelle: Statistik Austria, WIFO, Dachverband der Sozialversicherungsträger, ab 2020 Prognose des IHS

Abbildung 3: Arbeitslosenquote



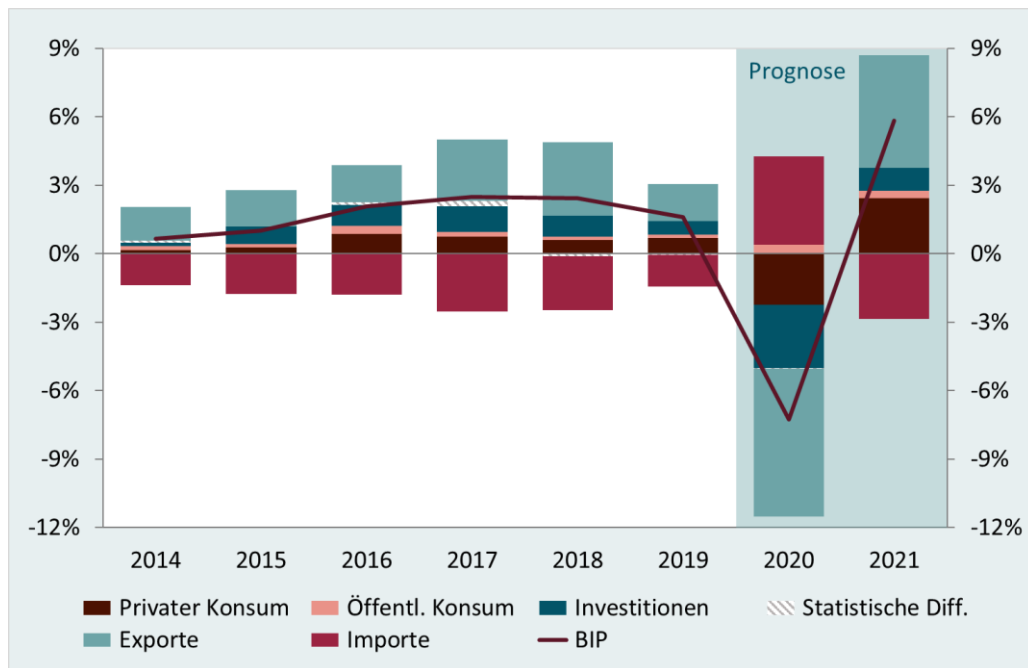
Quelle: AMS, Dachverband der Sozialversicherungsträger, Eurostat, ab 2020 Prognose des IHS

Abbildung 4: Importe (i. w. S.) und Exporte (i. w. S.)



Quelle: Statistik Austria, WIFO, ab 2020 Prognose des IHS

Abbildung 5: Wachstumsbeiträge der realen Endnachfragekomponenten



Quelle: Statistik Austria, WIFO, eigene Berechnungen, ab 2020 Prognose des IHS

2 Die internationale Konjunktur

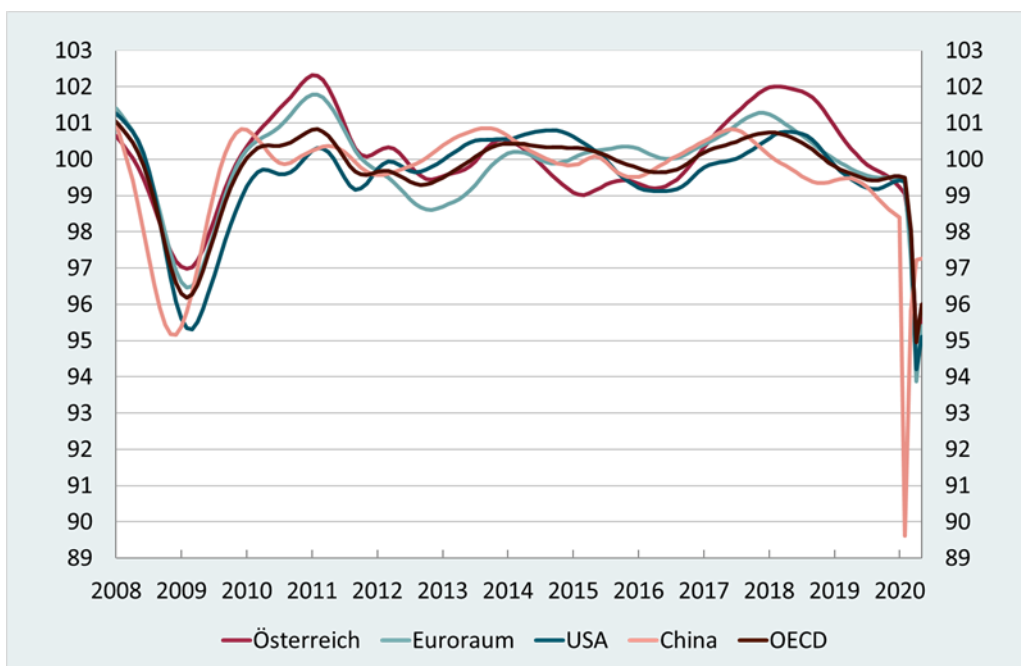
2.1 Überblick

Die zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie verhängten Maßnahmen und die Verhaltensänderungen der Bevölkerung haben in der ersten Jahreshälfte zu einem massiven Einbruch der **Weltwirtschaft** geführt. Manche Dienstleistungen wie Hotellerie, Gastronomie, Flugverkehr, Kunst- und Kulturveranstaltungen kamen zeitweise gänzlich zum Erliegen. Social-Distancing-Maßnahmen sowie die vorübergehende Schließung vieler Geschäftslokale ließen den Konsum kollabieren. Die Unterbrechungen der internationalen Zulieferketten und die Grenzsicherungen führten auch zu einem Einbruch der Industrieproduktion und des Welthandels. Um der steigenden Arbeitslosigkeit und einer Liquiditätskrise der Unternehmen entgegenzuwirken, verabschiedeten zahlreiche Länder staatliche Unterstützungspakete im Ausmaß mehrerer Prozentpunkte ihrer Wirtschaftsleistung. Im März kam es zu einem massiven Ölpreisverfall (auf zeitweise 20 USD pro Barrel der Sorte Brent), und die globalen Finanzmärkte brachen um etwa ein Drittel gegenüber dem Vormonat ein. Seitdem stieg der Ölpreis wieder an und auch an den globalen Börsen konnte ein Teil der Verluste wieder aufgeholt werden, was teilweise auch auf die enormen Unterstützungsmaßnahmen der Zentralbanken zurückzuführen ist. Die Talsohle der Konjunktur scheint in den meisten Regionen durchschritten zu sein, jedoch bestehen nach wie vor große Unsicherheiten über die potenzielle Entwicklung angesichts weiterer Ausbreitungswellen des Virus.

Das Coronavirus breitete sich seit Anfang des Jahres nach und nach auf alle zentralen Wirtschaftsräume der Welt aus. Im Jänner und Februar war vor allem China betroffen, in dessen Metropole Wuhan die Ausbreitung des Virus begann. Mittels massiver regionaler Lockdown-Maßnahmen konnte China das Virus innerhalb der Landesgrenzen mit Ende Februar unter Kontrolle bringen, woraufhin zahlreiche andere Länder Asiens (Korea, Singapur, Japan) zum neuen globalen Hotspot wurden. Anfang März kam das Virus über Italien auch in Europa an, was ab Mitte März umfassende Lockdown-Maßnahmen in fast allen europäischen Ländern zur Folge hatte. Etwa zu dieser Zeit begannen auch die Infektionszahlen in Nord- und Südamerika merkbar anzusteigen. Ende April wurde in Europa mit der schrittweisen Aufhebung der Eindämmungsmaßnahmen begonnen und Mitte Juni wurden erste Grenzöffnungen vorgenommen. Brasilien, Russland und Indien, aber auch die USA weisen weiterhin eine erhöhte Anzahl an Neuinfektionen auf. Zudem wurden im Juni wieder Neuinfektionen in Chinas Hauptstadt Peking gemeldet, was dort aus Sorge vor einer zweiten Welle erneute Eindämmungsmaßnahmen zur Folge hatte.

Die Wirtschaft Chinas war im ersten Quartal am schwersten von der COVID-19-Pandemie und den folgenden Lockdown-Maßnahmen betroffen, was sich in einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um knapp 10 % gegenüber dem Vorquartal niederschlug. Die anderen großen Volkswirtschaften Asiens haben das erste Quartal vergleichsweise gut überstanden. Indien verzeichnete noch ein verhaltenes Wachstum, und Japan, Indonesien und Südkorea wiesen Rückgänge zwischen 0,5 % und 1,5 % auf. Mit gut 5 % brach die Wirtschaftsleistung in drei gewichtigen Ländern Europas – Italien, Frankreich und Spanien – deutlich stärker ein. Innerhalb des Euroraums waren diese Länder im März am stärksten von der COVID-19-Pandemie betroffen und verhängten auch die strengsten Lockdown-Maßnahmen. In den USA, Mexiko und Brasilien schrumpfte die Produktion deutlich schwächer (zwischen 1,2 % und 1,5 %), da sich das Coronavirus in diesen Ländern etwas später ausbreitete. Auch im Welthandel hinterlässt die COVID-19-Pandemie deutliche Spuren. Die gedämpfte Nachfrage sowie die Friktionen in den globalen Zulieferketten durch die Lockdown-Maßnahmen (Grenzschießungen) führten zu einem Rückgang des weltweiten Warenhandels um 2,5 % gegenüber dem Vorquartal.

Abbildung 6: OECD-Frühindikator



Quelle: OECD, Refinitiv Datastream

Aktuelle Vorlaufindikatoren deuten darauf hin, dass China den konjunkturellen Tiefpunkt im Februar erreichte. Der *Markit Purchasing Managers Index* lag im Mai bereits wieder deutlich im expansiven Bereich und auch der *OECD Composite Leading Indicator* erholte sich beträchtlich. Die USA, der Euroraum, Japan, Brasilien und Indien

erreichten das konjunkturelle Tal erst im April und zeigten im Mai erste Anzeichen einer Erholung.

Da die COVID-19-Pandemie sowie die darauffolgenden Lockdown-Maßnahmen im zweiten Quartal ihren vorläufigen Höhepunkt erreichten, wird für dieses Quartal mit einem massiven wirtschaftlichen Einbruch gerechnet. Die seit Ende April schrittweise voranschreitenden Lockerungen der Eindämmungsmaßnahmen zeigen sich als Erholung deutlich in den aktuellen Konjunkturvorlaufindikatoren. Im dritten Quartal wird daher ein starker Anstieg der weltweiten Produktion erwartet. Gestützt durch geringe Energiepreise und die enormen fiskal- und geldpolitischen Hilfspakete der großen Volkswirtschaften, aber weiterhin durch Unsicherheiten getrübt, dürfte die weitere wirtschaftliche Entwicklung bis Ende des Prognosezeitraums entlang eines unterdurchschnittlichen Wachstumspfades verlaufen. Demnach wird sich die Weltwirtschaft dieses Jahr in einer massiven Rezession befinden. Im Gegensatz zur Wirtschafts- und Finanzkrise sind in der aktuellen Pandemie-Krise auch wirtschaftsstarke Schwellenländer in vollem Ausmaß betroffen. Insgesamt wird mit einem Rückgang der weltweiten Produktion im laufenden Jahr um 4,8 % und einer Zunahme im kommenden Jahr um 5,3 % gerechnet. Für die Länder der OECD wird ein Rückgang um 6,8 % im laufenden und eine Zunahme um 4,7 % im kommenden Jahr erwartet. Aufgrund der starken Betroffenheit von Italien, Frankreich und Spanien ergibt sich für die EU-27 ein Rückgang um 8,2 % im Jahr 2020, gefolgt von einem Wachstum um 6,2 % im darauffolgenden Jahr. Für den **Euroraum** wird mit –8,5 % und 6,3 % eine ähnliche wirtschaftliche Entwicklung erwartet. Im Zuge dieser Rezession sollte die Arbeitslosenquote des Euroraums im laufenden Jahr auf 9,3 % ansteigen und im Zuge der Erholung nächstes Jahr auf 8,8 % sinken.

Tabelle 2: Wirtschaftliche Eckdaten für den Euroraum in Prozent

	2019	2020	2021
BIP-Wachstum	1,3	–8,5	6,3
Arbeitslosenquote	7,5	9,3	8,8
Inflation HVPI	1,2	0,5	1,0

Quelle: Eurostat, eigene Berechnungen

Zur Bewältigung der Krise hat der Europäische Rat im April ein Programm mit einem Volumen von 540 Mrd. Euro beschlossen. Dieses beinhaltet Krisenhilfen aus dem Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM, Garantien der Europäischen Investitionsbank und ein befristetes Kurzarbeitsprogramm mit der Bezeichnung SURE. Zusätzlich hat die Europäische Kommission Ende Mai einen Wiederaufbaufonds im Ausmaß von 750 Mrd. Euro vorgeschlagen. Dieser Vorschlag ist unter den

Mitgliedstaaten umstritten, da er neben 250 Mrd. Euro an Krediten auch nicht rückzahlbare Zuschüsse von 500 Mrd. Euro vorsieht.

Für den Welthandel rechnet das Institut im laufenden Jahr mit einem Rückgang um 13 % und im kommenden Jahr mit einer Zunahme um 8 %. Österreichs Exportmärkte werden im laufenden Jahr um 12 % schrumpfen und im Jahr darauf um 7,8 % wachsen. Die vorliegende Prognose basiert auf der Annahme eines Rohölpreises der Sorte Brent von 40,8 bzw. 47,5 US-Dollar pro Barrel und eines USD/EUR-Wechselkurses von 1,12 bzw. 1,13.

Der aktuelle konjunkturelle Ausblick ist mit hohen Unsicherheiten behaftet, wobei die Abwärtsrisiken deutlich überwiegen. Der Dienstleistungssektor war in bisherigen Krisen meist der Fels in der Brandung. Die Eindämmungsmaßnahmen im Zuge der Pandemie trafen aber weite und gewichtige Teile dieses Sektors hart. Der erwartete starke wirtschaftliche Auftrieb im dritten Quartal wird zu einem wesentlichen Teil durch eine Erholung bzw. Normalisierung in diesen Branchen erfolgen. Sollte es trotz der staatlichen Hilfspakete nicht gelingen, die Konsumstimmung in ausreichendem Maße wiederzubeleben, wäre mit einem noch stärkeren Einbruch zu rechnen. Ein wesentliches Abwärtsrisiko stellt die Möglichkeit einer zweiten Ausbruchswelle des Coronavirus im kommenden Herbst/Winter dar. Wenn auch die direkten wirtschaftlichen Auswirkungen, gegeben die Erfahrungen der ersten Ausbruchswelle, geringer ausfallen könnten, würde sich durch die geringeren Überhangseffekte das Wachstum im nächsten Jahr deutlich abschwächen. Weitere Abwärtsrisiken bestehen hinsichtlich des Handelskonflikts zwischen den USA und China bzw. Europa, des Brexit, der Stabilität des Finanzsektors sowie der Finanzierungsbedingungen stark überschuldeter Staaten. In den vergangenen Monaten verschlechterte sich das Verhältnis zwischen den USA und China erneut. Zusätzliche Einschränkungen im freien Handel sowie die derzeit ins Stocken geratenen Verhandlungen über die finalen Handelsbeziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU nach der Brexit-Übergangsphase stellen weitere Risiken für die Weltwirtschaft dar. Eine zeitlich verzögerte Konkurswelle könnte über massive Kreditausfälle die Stabilität des Finanzsektors beeinträchtigen. Zudem könnten sich die Finanzierungsbedingungen stark überschuldeter Staaten durch die Einnahmenausfälle und Mehrausgaben bei der Bekämpfung der Pandemie-Krise weiter verschlechtern. Es bestehen aber auch Aufwärtsrisiken. Aufgrund des atypischen Charakters dieser Krise bestehen beträchtliche Messprobleme hinsichtlich der wirtschaftlichen Aktivität. Möglicherweise wird der Wirtschaftseinbruch etwas überschätzt und die Erholung schreitet schneller voran, insbesondere dann, wenn rascher als erwartet ein Impfstoff bzw. wirksame Medikamente gegen COVID-19 gefunden werden.

2.2 Länderprognosen

Die **USA** reagierten Ende des ersten Quartals mit weitreichenden Lockdown-Maßnahmen auf die COVID-19-Pandemie. Das BIP schrumpfte um 1,3 % gegenüber dem Vorquartal und die Arbeitslosenquote stieg im April auf 14,7 % an. Die Zentralbank senkte den Leitzinssatz schrittweise auf eine Spanne von 0 % bis 0,25 %. Die Regierung beschloss direkte fiskalische Impulse im Ausmaß von etwa 9 % sowie Steuerstundungen und Kreditgarantien von rund 5 % der gesamtwirtschaftlichen Produktion.

Der *Markit Purchasing Managers Index* und der *OECD Composite Leading Indicator* deuten auf einen konjunkturellen Tiefpunkt im April hin. Im Mai wiesen beide Vorlaufindikatoren auf eine Erholung hin. Auch die Arbeitslosenquote sank erstmals seit dem Beginn der Krise und betrug im Mai 13,3 %. Die bis Ende Juli befristete Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung dürfte den Konsum vorübergehend stützen. In der zweiten Jahreshälfte wird eine deutliche Erholung erwartet. Das Institut rechnet für das laufende Jahr mit einem Rückgang der Wirtschaftsleistung um 7,0 % und im kommenden Jahr mit einer Zunahme um 5,0 %. Dies basiert auf der Annahme, dass die USA die verglichen mit Europa weiterhin hohe Anzahl an Neuinfektionen unter Kontrolle bringen und die sich in den letzten Monaten zuspitzende Rhetorik zwischen den USA und China nicht in neuen Handelsbeschränkungen mündet.

Im ersten Quartal dieses Jahres schrumpfte die Wirtschaft in **Japan** das zweite Mal in Folge. Die Wirtschaftsleistung ging um 2,2 % zum Vorjahresquartal und um 1,7 % gegenüber dem Vorjahr zurück. Somit befindet sich Japan in einer technischen Rezession. Nach dem starken Einbruch im vierten Quartal des Vorjahres infolge der Mehrwertsteuererhöhung zum 1. Oktober setzte sich die negative Entwicklung des privaten Konsums am Anfang des laufenden Jahres fort. Zusätzlich wurde die wirtschaftliche Dynamik durch die schwache Entwicklung der Beschäftigung und die stagnierenden Löhne gedämpft. Die Arbeitslosigkeit stieg im April um 0,2 Prozentpunkte auf 2,6 %. Da das Vertrauen der großen Industrieunternehmen stark fiel, schrumpften die Ausrüstungsinvestitionen. Die Abschwächung der Auslandsnachfrage, insbesondere aus China und den USA, bremste sowohl die Industrieproduktion als auch die Exporte von Waren und Dienstleistungen. Nach einer starken Abnahme im März beschleunigte sich im April der Rückgang der japanischen Exporte weiter.

Infolge der anhaltenden Corona-Krise mit unterbrochener Wirtschaftsaktivität und rückläufiger Inlands- und Auslandsnachfrage wird die japanische Wirtschaft in diesem Jahr voraussichtlich um 5,0 % schrumpfen. Der Einkaufsmanagerindex für die Industrie und den Dienstleistungssektor zeigte im Mai einen historisch beispiellosen Produktionsrückgang. Andererseits dürften die äußerst niedrigen Zinsen und die niedrige Arbeitslosigkeit die Wirtschaft stützen. Zwei Konjunkturprogramme in Höhe

von insgesamt rund 40 % des BIP mit Subventionen für die von der Corona-Krise betroffenen Unternehmen und Direktzahlungen an Haushalte sollen die wirtschaftlichen Folgen der Krise abfedern. Niedrigzins-Kredite für kleine und mittelgroße Unternehmen im Tourismus und in anderen vom Virus besonders betroffenen Branchen dürften zusätzlich die negativen Effekte abmildern. Mit einer allmählichen wirtschaftlichen Erholung wird für das Jahr 2021 gerechnet. Eine Belebung der Inlandsnachfrage und der Exporte dürfte diese Entwicklung unterstützen. Auch die auf das Jahr 2021 verschobenen Olympischen Spiele in Tokio dürften die Konjunktur im nächsten Jahr stützen. Insgesamt dürfte die Wirtschaft im Jahr 2021 um 2,8 % zulegen.

In der **Volksrepublik China** schrumpfte die Wirtschaftsleistung infolge der Lockdown-Maßnahmen im ersten Quartal um 6,8 % im Jahresabstand. Seit März wurden die mit COVID-19 verbundenen Beschränkungen schrittweise gelockert und die Unternehmen begannen die Produktion wiederaufzunehmen. Allerdings schreitet die Rückkehr zur Normalität in verschiedenen Provinzen und Sektoren unterschiedlich schnell voran. Am langsamsten erholen sich die Regionen, die am stärksten von der Pandemie betroffen sind. Industrieunternehmen waren die ersten, die mit der Normalisierung des Betriebs begannen, sodass die Industrieproduktion im April und Mai um 3,6 % bzw. 4,4 % stieg. Insgesamt ging die Industrieproduktion aber in den ersten fünf Monaten des Jahres um 2,8 % im Jahresvergleich zurück. Große staatliche Industrieunternehmen scheinen sich schneller erholt zu haben als kleine und mittlere Unternehmen. Die Belebung der wirtschaftlichen Aktivität zeigt sich auch in der Zunahme des Frachtaufkommens, der Verkehrsstaus und der Luftverschmutzung. Allerdings meidet die Bevölkerung immer noch öffentliche Verkehrsmittel. Der private Konsum erholt sich nur langsam, da die VerbraucherInnen zurückhaltend sind. Die Einzelhandelsumsätze gingen von Jänner bis Mai um 13,5 % gegenüber dem Vorjahr zurück. Die Ausgaben in Restaurants sind im April um 40 % im Jahresvergleich gesunken. Die Anlageinvestitionen nahmen im Zeitraum Jänner bis Mai um 6,3 % im Jahresvergleich ab, was auf anhaltende Unsicherheit über die wirtschaftlichen Aussichten deutet. Die stärkste Erholung war bei den Bauinvestitionen zu beobachten. Die Exportdynamik blieb infolge der schwachen globalen Nachfrage und des Handelskonflikts mit den USA verhalten.

Die expansive Geldpolitik dürfte die Wirtschaft weiterhin stützen. Um das BIP-Wachstum anzukurbeln, setzt die Regierung auf eine expansive Fiskalpolitik, mit einer zentralen Rolle der öffentlichen Investitionen. Zusätzliche Maßnahmen dürften den Konsum ankurbeln. Zwei neue Hilfsprogramme zur Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen wurden Anfang Juni beschlossen. Dabei sollen diese Unternehmen Zugang zu neuen Kreditlinien und Kreditstundungen bekommen, wenn sie sich verpflichten, Mitarbeiter zu halten. Der IWF schätzt das Volumen der von der Regierung beschlossenen Corona-Maßnahmen für das Jahr 2020 auf 3,5 % des BIP. Insgesamt wird

für das Jahr 2020 mit einem BIP-Rückgang um 0,3 % gerechnet. Im Jahr 2021 dürfte die Wirtschaftsleistung um 7,0 % zunehmen.

In **Deutschland** ist bereits im ersten Quartal die Produktion kräftig gesunken, obwohl die meisten Lockdown-Maßnahmen nur in den letzten beiden März-Wochen in Kraft waren. Das Bruttoinlandsprodukt sank gegenüber dem Vorquartal um 2,2 %. Am stärksten ging die Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe zurück, das sich bereits vor Ausbruch der COVID-19-Pandemie nur schwach entwickelt hatte. Aufgrund von Absatzeinbrüchen, Problemen in den Lieferketten und ersten Krankheitsfällen bei den Beschäftigten haben alle Automobilproduzenten Ende März die Produktion stillgelegt. Ende April wurde damit begonnen, die Produktion wieder hochzufahren. Die behördlichen Einschränkungen werden seit dem 20. April schrittweise zurückgenommen, eine vollständige Aufhebung ist aber noch nicht abzusehen. Aufgrund der Geschäftsschließungen und Reisebeschränkungen war auch die Wertschöpfung im Handel und im Gastgewerbe massiv betroffen. Auf der Nachfrageseite ist vor allem der Außenhandel eingebrochen. Aber auch die Binnennachfrage ging seit Mitte März kräftig zurück. Die behördlichen Beschränkungen haben vor allem zu einem Einbruch des privaten Konsums geführt. Zur Konsumzurückhaltung hat auch die Verunsicherung bezüglich des Verlaufs der Pandemie und der Sicherheit des Arbeitsplatzes beigetragen. Angesichts der starken Einschränkung der Produktion und der hohen Unsicherheit haben die Unternehmen die Ausrüstungsinvestitionen stark verringert. Die Bauinvestitionen hingegen wurden im ersten Quartal noch ausgeweitet und dürften sich erst im zweiten Quartal abgeschwächt haben. Insgesamt dürfte das Bruttoinlandsprodukt im zweiten Quartal mit einer zweistelligen Rate eingebrochen sein. Indikatoren wie der Einkaufsmanagerindex für das Verarbeitende Gewerbe und das ifo Geschäftsklima deuten darauf hin, dass die Talsohle inzwischen durchschritten ist.

Im Prognosezeitraum dürften sich die Ausfuhren nur schleppend erholen, da die globale Nachfrage aufgrund der COVID-19-Pandemie wohl noch längere Zeit schwach bleibt. Die Erholung wird somit von der Binnennachfrage getragen. Der private Konsum und die Investitionen erhalten massive Unterstützung durch umfangreiche fiskalpolitische Maßnahmen. Im Juni hat der Bund ein Maßnahmenbündel beschlossen, das unter anderem Investitionen in den Bereichen Klimaschutz und Digitalisierung auslösen soll. Für die beiden Jahre 2020 und 2021 wird das Volumen des Pakets auf 130 Mrd. Euro beziffert. Davon entfallen 90 Mrd. Euro (2,7 % des Bruttoinlandsprodukts) auf die zweite Jahreshälfte 2020. Zudem haben Bund und Länder Kredit-, Bürgschafts- und Beteiligungsprogramme mit einem Volumen von rund 1,4 Billionen Euro aufgelegt oder erweitert. Im Mittelpunkt des Konjunkturpakets steht eine Senkung der Mehrwertsteuersätze im zweiten Halbjahr 2020. Diese wird wohl teilweise an die Verbraucher weitergegeben und teilweise die Gewinne der Unternehmen stützen. Die

Befristung hat zur Folge, dass vor allem Konsum in das zweite Halbjahr 2020 vorgezogen werden dürfte.

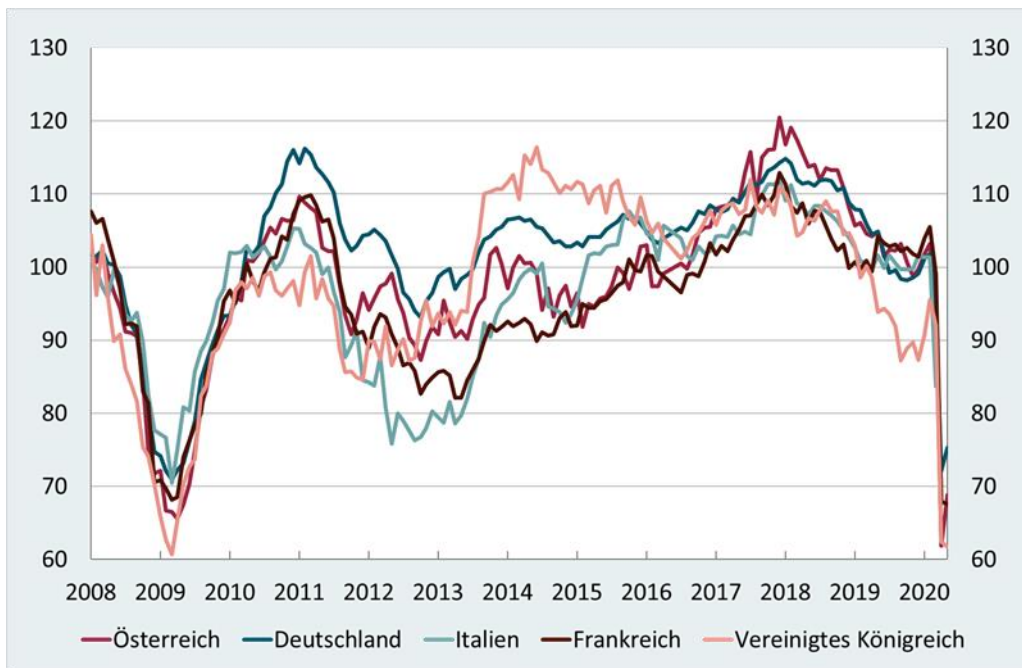
Der Anstieg der Arbeitslosigkeit wird durch die Kurzarbeit stark abgemildert. Im Mai stieg die Arbeitslosenquote auf 6,1 %, nach 5,8 % im April bzw. 4,9 % im Mai 2019. Der krisenbedingte Einbruch der Treibstoffpreise hat zu einem Rückgang der Inflation auf 0,6 % im Mai geführt, nachdem die Teuerung zu Jahresbeginn 1,7 % betragen hatte.

Die Krise ist noch nicht überwunden. Begrenzungen bei den Kundenzahlen im Einzelhandel, in Hotels und Gaststätten dürften noch einige Zeit bestehen bleiben und die Nachfrage in diesen Bereichen dämpfen. Mit dem Abklingen der Pandemie geraten zudem strukturelle Probleme in der deutschen Industrie wieder in den Fokus. Insbesondere muss die Automobilindustrie den eingeleiteten strukturellen Anpassungsprozess fortsetzen, was die Wirtschaftsaktivität dämpft. Alles in allem rechnet das Institut damit, dass das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahresdurchschnitt 2020 um 6,0 % einbricht, gefolgt von einem Anstieg um 5,0 % im kommenden Jahr.

Italien war als erstes europäisches Land von der COVID-19-Pandemie betroffen und weist zudem einen vergleichsweise schweren Verlauf der Pandemie auf. Hinzu kommt, dass mit der Lombardei eine der wirtschaftlich stärksten Regionen des Landes am heftigsten betroffen ist. Entsprechend stellen sich die aktuellen ökonomischen Maßzahlen dar. Im ersten Quartal des Jahres 2020 sank das BIP (saison- und kalenderbereinigt) im Vergleich zum Vorquartal um 5,3 % und im Vergleich zum ersten Quartal 2019 um 5,4 %. Gegenüber dem Vorjahresquartal sanken die Konsumausgaben um 4,9 %, die Bruttoanlageinvestitionen um 8,8 % und Importe sowie Exporte um 6,3 % bzw. 7,5 %.

Es wird davon ausgegangen, dass sich das BIP ab der zweiten Hälfte des Jahres 2020 erholen wird, vor allem weil die Auswirkungen der Eindämmungsmaßnahmen nachlassen werden. Der Rückgang der Auslandsnachfrage und des internationalen Tourismus sowie die Zurückhaltung beim Konsum der privaten Haushalte bzw. bei den Unternehmensinvestitionen werden allerdings länger anhalten und die Rückkehr der Produktion auf das Vorkrisenniveau verlangsamen. Die fiskalpolitischen Maßnahmen zur Stützung der Inlandsnachfrage wirken dem Rückgang des BIP deutlich entgegen. Nach Schätzung der italienischen Zentralbank tragen Konjunkturprogramme mehr als 2 Prozentpunkte, auf der Grundlage der üblichen fiskalischen Multiplikatoren, zur Verbesserung des BIP bei. Aufgrund dieser Gesamtlage erwartet das Institut in Italien für das Jahr 2020 einen Rückgang des BIP von 10,0 %. Im Jahr 2021 sollte sich die wirtschaftliche Erholung fortsetzen, welche ein BIP-Wachstum von 6,0 % nach sich ziehen wird.

Abbildung 7: Indikator der wirtschaftlichen Einschätzung (ESI)



Quelle: Europäische Kommission, Refinitiv Datastream

Innerhalb des Euroraums wurde neben Italien und Spanien auch **Frankreich** besonders stark von der COVID-19-Pandemie erfasst. Die Regierung reagierte mit äußerst strengen Lockdown-Maßnahmen, welche die wirtschaftliche Aktivität, einer Schätzung des nationalen Statistikinstitut Frankreichs (*INSEE*) nach, im April um ein Drittel einbrechen ließen. Im ersten Quartal sank die gesamtwirtschaftliche Produktion um 5,3 % gegenüber dem Vorquartal. Trotz der hohen Inanspruchnahme des generösen Kurzarbeitsmodells stieg die Arbeitslosenquote von 7,6 % im Februar auf 8,7 % im Mai an. Die Regierung verabschiedete bis Anfang Juni direkte fiskalische Hilfsmaßnahmen in Höhe von etwa 3,6 % und weitere Stundungs- und Haftungsmaßnahmen im Ausmaß von etwa 20 % der Wirtschaftsleistung. Wie auch in anderen Ländern, werden laufend neue staatliche Unterstützungspakete beschlossen. Der konjunkturelle Tiefpunkt in Frankreich lag ebenfalls im April und die konjunkturellen Vorlaufindikatoren für Mai deuten auf eine merkbare Erholung hin. Für das laufende Jahr wird ein Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um 10,5 % und für das kommende Jahr eine Zunahme um 7,5 % erwartet.

Im Vergleich zu anderen Ländern hat das **Vereinigte Königreich** erst spät Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Krise ergriffen und verzeichnete daher im ersten Quartal 2020 mit 2,0 % im Vergleich zum Vorquartal noch einen vergleichsweise geringen BIP-Rückgang. Besonders stark betroffen war auch hier der Dienstleistungssektor, insbesondere die Bereiche Handel, Tourismus, Immobilien und Gastgewerbe. Die ver-

gleichsweisse milden Maßnahmen konnten aufgrund der weiterhin hohen Infektionszahlen bisher nur wenig gelockert werden. Sowohl der Konsum als auch die Industrieproduktion brachen im Frühjahr deutlich ein. Die Einzelhandelsumsätze gaben im April im Vergleich zum Vorjahr um über 20 % nach, die Industrieproduktion sank im März im Jahresvergleich um 8 %. Die Markit/CIPS Stimmungsindikatoren für das Verarbeitende Gewerbe und den Dienstleistungssektor sind – nach Werten von auf bzw. über der Wachstumsschwelle zu Jahresbeginn – im April auf historische Tiefstände gefallen, haben sich allerdings im Mai wieder leicht erholt. Trotz Maßnahmen zur Kurzarbeit (*Coronavirus Job Retention Scheme*) und zur Unterstützung der Unternehmensfinanzierung (*Covid Corporate Financing Facility*) dürfte die Arbeitslosigkeit deutlich steigen. Auch die Geldpolitik wirkt stimulierend. Die *Bank of England* senkte ihren Leitzinssatz in zwei Schritten von 0,75 % auf 0,1 % und kündigte eine Erhöhung ihres Anleihekaufprogramms um 200 Milliarden Pfund auf insgesamt 645 Milliarden Pfund an.

Neben dem momentan alles überlagernden Corona-Thema gibt es im Vereinigten Königreich den nach wie vor nicht abschließend geregelten Brexit, dessen Ausgestaltung für die künftige Entwicklung des Landes entscheidend sein wird. Bis Ende Juni kann beschlossen werden, dass die bestehende Übergangslösung über das Jahresende hinaus verlängert wird, was allerdings von Seiten des Vereinigten Königreiches bisher kategorisch ausgeschlossen wurde. So könnte es Ende 2020 doch noch zu einem harten Brexit kommen, wenn bis dahin kein neues Handelsabkommen mit der EU geschlossen wird. Das Institut geht davon aus, dass eine Regelung gefunden wird, die eine Fortsetzung der meisten wirtschaftlichen Beziehungen ermöglicht. Das BIP sollte zunächst um 8,5 % zurückgehen und im kommenden Jahr um 6,0 % wachsen.

Die Wirtschaftsleistung in der **Schweiz** hat sich im internationalen Vergleich relativ gut entwickelt und ist im ersten Quartal des laufenden Jahres nur um 2,6 % zurückgegangen. Auch die Schweizer Volkswirtschaft erlebte mit zahlreichen Unternehmensschließungen ab März einen enormen Angebotsschock, insbesondere in den Bereichen Einzelhandel, Gastgewerbe, Kultur- und Freizeitbetriebe. Gleichzeitig litt die Exportwirtschaft unter der Schwäche wichtiger Handelspartner. Die nach wie vor starken Chemie- und Pharmaexporte stützen allerdings die Wirtschaft und führten im ersten Quartal des laufenden Jahres zu einem insgesamt positiven Exportwachstum. Die Möglichkeit zur Kurzarbeit und das COVID-19-Kreditprogramm konnten zwar einen rasanten Anstieg der Arbeitslosigkeit verhindern, die Arbeitslosenquote ist in den vergangenen Monaten aber dennoch gestiegen (nationale Quote im Mai: 3,4 %) und dieser Trend dürfte bis Anfang 2021 anhalten. Auch die Schweizerische Nationalbank hat zuletzt die heimische Wirtschaft gestützt. Sie dürfte mit ihren Interventionen am Devisenmarkt dafür verantwortlich sein, dass der Franken im Zuge der Corona-Krise nicht stärker aufgewertet hat, was die Realwirtschaft stark belasten würde. Der starke

Ölpreisrückgang und die deutliche Nachfrageschwäche führen weiterhin zu negativen Inflationsraten. Nach den Lockerungen der Eindämmungsmaßnahmen deuten einige hochfrequente Daten bereits wieder auf eine leichte Erholung der Wirtschaftsaktivität hin. Im Prognosezeitraum sollte das BIP zunächst um 5,8 % schrumpfen und dann um 4,5 % wachsen.

Im März erfasste die COVID-19-Pandemie die **mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten**. Seitdem sind die negativen ökonomischen Effekte der Corona-Krise in diesen Ländern im Tourismus, in der Gastronomie und Freizeitindustrie, in den Transportdienstleistungen sowie in der Industrie deutlich sichtbar. In einzelnen Branchen und Regionen führte die Unterbrechung der Lieferketten zu Produktionsunterbrechungen und -verzögerungen in mehreren Industrieunternehmen. Infolge der rückläufigen Nachfrage und des Ausfalls der Produktion traf die Corona-Krise die Automobilproduktionsstätten in Zentral- und Osteuropa besonders stark. Darüber hinaus beeinträchtigte die schwache Weltwirtschaftsdynamik die Nachfrage nach osteuropäischen Exporten. Die ersten verfügbaren Indikatoren für den Lockdown-Monat April zeigen unterschiedlich starke Einbrüche in der Industrie- und Bauproduktion sowie im Handel in einzelnen mittel- und osteuropäischen Ländern.

Nach einem kräftigen BIP-Rückgang infolge der Lockdown-Maßnahmen im zweiten Quartal dürfte sich die Konjunktur im zweiten Halbjahr langsam erholen, zumal in der Warenproduktion und im Bauwesen mit Aufholeffekten zu rechnen ist. Konjunkturstützend wirkt neben den in vielen Ländern beschlossenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen für Unternehmen und Haushalte zur Eindämmung der Effekte der Corona-Krise auch die Geldpolitik, die expansiv ausgerichtet bleibt. Infolge der steigenden Arbeitslosigkeit und von Einkommensverlusten wird sich der private Konsum im Laufe dieses Jahres nur langsam erholen. In den Ländern, die bisher eine langsame Absorption von EU-Mitteln verzeichneten, dürfte die Belebung der Investitionstätigkeit am Ende der aktuellen Förderperiode die konjunkturelle Schwäche abfedern. Mit einer Belebung der Auslandsnachfrage ist erst im nächsten Jahr zu rechnen. Der in den letzten Monaten erfolgte Anstieg der Arbeitslosigkeit wird aber nur temporär dem Mangel an Arbeitskräften entgegenwirken. Mittelfristig werden sich die Bestrebungen in Richtung Automatisierung und Digitalisierung weiter verstärken, mit entsprechenden Produktivitätseffekten, welche die Wettbewerbsfähigkeit der mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten weiter stärken werden. Insgesamt ist ein durchschnittlicher Rückgang des BIP in den MOEL-5 (Tschechien, Polen, Slowakei, Slowenien und Ungarn) um 5,9 % in diesem und eine Zunahme um 4,8 % im kommenden Jahr zu erwarten. Die Schwere und Dauer der Pandemie in einzelnen Ländern bleibt das Hauptrisiko für die Prognose.

In **Tschechien** spiegelt sich die schwache Inlands- und Auslandsnachfrage in der BIP-Dynamik wider. So verringerte sich die Wirtschaftsleistung im ersten Quartal um 3,3 % gegenüber dem Vorquartal und um 2,0 % im Vorjahresvergleich. Die Arbeitslosenquote erhöhte sich leicht gegenüber dem Vormonat und betrug im April 2,1 %. Infolge höherer Lebensmittelpreise angesichts des begrenzten Angebots und der höheren Produktionskosten blieb die Inflation mit 3,1 % im Mai hoch. Die Senkung des Leitzinses um 75 Basispunkte sowie ein Hilfspaket in Höhe von 40 Mrd. Euro (18 % des BIP) dürften die Konjunktur im Prognosezeitraum stützen. Nach einem Rückgang um 7,5 % in diesem Jahr dürfte sich die Wirtschaftsleistung im nächsten Jahr erholen und um 5,0 % zunehmen.

In **Ungarn** verringerte sich das BIP im ersten Quartal um 0,4 % gegenüber dem Vorquartal, im Vorjahresvergleich legte es um 2,0 % zu. Der öffentliche und der private Konsum trugen, infolge stark zunehmender Sozialtransfers und Privatkredite, das Wachstum, während sich die Investitionen und die Nettoexporte negativ entwickelten. Die Inflation verlangsamte sich aufgrund sinkender Ölpreise. Um den konjunkturellen Abschwung abzufedern, wurden zwei Konjunkturpakete mit einem Gesamtvolumen von 28 Mrd. Euro bzw. 19 % des BIP verabschiedet. Diese beinhalten Hilfsmaßnahmen für prioritäre Sektoren sowie zinssubventionierte und garantierte Kreditfazilitäten für Unternehmen. Nach einem Rückgang um 5,5 % in diesem Jahr dürfte die Wirtschaftsleistung im nächsten Jahr um 4,5 % zunehmen.

In **Polen** sank die Wirtschaftsleistung im ersten Quartal um 0,4 % zum Vorquartal und legte zum Vorjahresquartal um 1,7 % zu. Die Inlandsnachfrage trug das Wachstum. Um dem erwarteten starken Rückgang des BIP im zweiten Quartal entgegenzuwirken, verabschiedete die Regierung seit April mehrere Hilfspakete mit Maßnahmen für Unternehmen und ArbeitnehmerInnen. Das Gesamtvolumen dieser Pakete beträgt 47 Mrd. Euro bzw. 9 % des BIP. Darüber hinaus senkte die polnische Zentralbank den Leitzins auf 0,1 %. Wegen steigender Lebensmittelpreise erhöhte sich die Inflation und betrug im April 3,4 %. Die Arbeitslosenquote verringerte sich weiter und lag mit 2,9 % im Mai um 0,5 Prozentpunkte unter dem Vorjahresniveau. Infolge der Lockdown-Maßnahmen wird die Wirtschaftsleistung in diesem Jahr voraussichtlich um 4,8 % zurückgehen. Im nächsten Jahr dürfte das BIP um 4,8 % steigen.

In der **Slowakei** schrumpfte das BIP im ersten Quartal um 5,2 % gegenüber dem Vorquartal und um 3,8 % gegenüber dem Vergleichsquartal des Vorjahres. Die stärkste BIP-Abnahme der letzten zehn Jahre ist auf den kräftigen Rückgang der Automobilproduktion, der Nettoexporte und der Investitionen zurückzuführen. Die Arbeitslosenquote stieg im April auf 6,8 % und lag damit um 1,2 Prozentpunkte über dem März-Niveau. Ein Hilfspaket in der Höhe von 7,5 Mrd. Euro bzw. 8 % des BIP sollte

den Abschwung dämpfen. Nach einem Rückgang um 9,0 % in diesem Jahr dürfte das BIP im nächsten Jahr um 5,5 % wachsen.

In **Slowenien** verringerte sich die Wirtschaftsleistung im ersten Quartal um 4,5 % zum Vorquartal bzw. 3,4 % im Vorjahresvergleich. Dies ist sowohl auf die rückläufigen Investitionen als auch auf den stark schrumpfenden privaten Konsum zurückzuführen. Infolgedessen stieg die Arbeitslosenquote im April gegenüber März um 0,8 Prozentpunkte auf 4,6 %. Die Inflationsrate belief sich im Mai auf –1,4 %. Ein Hilfspaket in Höhe von 5 Mrd. Euro bzw. 10 % des BIP dürfte die Wirtschaft in der Prognoseperiode stützen. Nach einem Rückgang um 6,8 % in diesem Jahr dürfte das BIP im nächsten Jahr um 4,5 % expandieren.

Im ersten Quartal erhöhte sich die Wirtschaftsleistung in **Rumänien** um 0,3 % gegenüber dem Vorquartal bzw. um 2,7 % im Vorjahresvergleich. Sowohl der private Konsum als auch die öffentlichen Investitionen trugen das Wachstum. Aufgrund von sinkenden Energiepreisen und dem schwachen Konsum infolge der Lockdown-Maßnahmen sank die Inflation im Mai auf 1,8 %, der niedrigste Wert der letzten zwei Jahre. Die Arbeitslosenquote erhöhte sich im April auf 4,8 %. Wegen der bereits vor der Corona-Krise angespannten Budgetsituation fällt das Hilfspaket der Regierung mit 6,2 Mrd. Euro bzw. 3 % des BIP relativ klein aus. Konjunkturstützend wirken die Senkung des Leitzinses im Mai sowie die Beschleunigung der Umsetzung von Infrastrukturprojekten. Nach einem Rückgang um 5,5 % in diesem Jahr dürfte die Wirtschaftsleistung im Jahr 2021 um 4,8 % expandieren.

In **Kroatien** sank die Wirtschaftsleistung im ersten Quartal um 1,2 % gegenüber dem Vorquartal und nahm um 0,3 % gegenüber dem Vorjahresquartal zu. Die Inflationsrate fiel im Mai aufgrund von sinkenden Preisen bei Hotels und Restaurants und bei Treibstoffen auf –0,7 %. Die Arbeitslosigkeit erhöhte sich im April um 1,3 Prozentpunkte gegenüber März. Wegen der starken Abhängigkeit der kroatischen Wirtschaft vom Tourismus und der großen Bedeutung Italiens als Handelspartner dürfte das BIP in diesem Jahr um 9,0 % schrumpfen. Ein Hilfspaket in Höhe von 4 Mrd. Euro bzw. 7 % des BIP sollte die negativen Effekte der Corona-Krise mildern. Im nächsten Jahr wird das BIP voraussichtlich um 5,0 % zunehmen.

Im ersten Quartal expandierte das BIP in **Bulgarien** um 0,3 % im Vorquartalsvergleich, zum Vorjahreszeitraum legte die Wirtschaftsleistung um 2,4 % zu. Trotz einer langsameren Dynamik trugen sowohl die Inlands- als auch die Auslandsnachfrage positiv zum BIP-Wachstum bei. Die Arbeitslosenquote erhöhte sich im April und lag mit 6,2 % um 1,7 Prozentpunkte über dem Vormonatsniveau. Um die negativen Effekte der Corona-Krise abzumildern, wurde ein Hilfspaket in Höhe von 2,3 Mrd. Euro bzw. 4 % des

BIP beschlossen. Nach einem Rückgang um 5,8 % im heurigen Jahr dürfte das BIP im nächsten Jahr um 4,8 % wachsen.

In **Russland** nahm die Wirtschaftsleistung im ersten Quartal um 1,6 % im Vorjahresvergleich zu. Während die Exporte und die Investitionen zunahmen, war der private Konsum rückläufig. Infolge der Lockdown-Maßnahmen wird für April ein Rückgang des BIP um rund 12,0 % geschätzt. Die Arbeitslosigkeit erhöhte sich von 1,3 Mio. Ende April auf 2,4 Mio. Personen Mitte Juni. Die Teuerungsrate ging kontinuierlich zurück und belief sich im April auf 2,4 %. Um die Effekte der Corona-Krise zu dämpfen, hat die Regierung einen Plan mit rund 500 Maßnahmen für KMU und ArbeitnehmerInnen mit einem Gesamtvolumen in Höhe von 5 % des BIP angekündigt. Zusätzlich beinhaltet der Plan Reformvorschläge zur wirtschaftlichen Effizienzsteigerung. Nach einem Rückgang um 5,0 % in diesem Jahr dürfte das BIP im Jahr 2021 um 3,0 % expandieren.

Tabelle 3: Internationale Rahmenbedingungen*Veränderungen gegenüber Vorjahr in Prozent*

	2017	2018	2019	2020	2021
BIP, real					
Deutschland	2,5	1,5	0,6	-6,0	5,0
Italien	1,7	0,8	0,3	-10,0	6,0
Frankreich	2,3	1,8	1,5	-10,5	7,5
Vereinigtes Königreich	1,9	1,3	1,4	-8,5	6,0
Schweiz	1,8	2,8	0,9	-5,8	4,5
USA	2,4	2,9	2,3	-7,0	5,0
Japan	2,2	0,3	0,7	-5,0	2,8
China	6,9	6,7	6,1	-0,3	7,0
Polen	4,9	5,3	4,1	-4,8	4,8
Slowakei	3,0	3,9	2,4	-9,0	5,5
Tschechien	4,4	2,8	2,6	-7,5	5,0
Ungarn	4,3	5,1	4,9	-5,5	4,5
Slowenien	4,8	4,1	2,4	-6,8	4,5
MOEL-5 ¹	4,5	4,6	3,7	-5,9	4,8
Bulgarien	3,5	3,1	3,4	-5,8	4,8
Rumänien	7,1	4,4	4,1	-5,5	4,8
Kroatien	3,1	2,7	2,9	-9,0	5,0
Russland	1,8	2,5	1,3	-5,0	3,0
Euroraum	2,5	1,9	1,3	-8,5	6,3
NMS-6 ²	5,0	4,5	3,9	-5,7	4,8
EU-27 ³	2,7	2,1	1,5	-8,2	6,2
OECD	2,7	2,3	1,7	-6,8	4,7
Welt	3,9	3,4	2,7	-4,8	5,3
Welthandel (Waren laut CPB)	4,8	3,3	-0,3	-13,0	8,0
Österreichische Exportmärkte	5,8	3,7	1,7	-12,0	7,8
USD/EUR Wechselkurs*	1,13	1,18	1,12	1,12	1,13
Rohölpreis*	54,8	71,7	64,6	40,8	47,5

Quelle: Eurostat, IWF, OECD, CPB, nationale statistische Ämter, eigene Berechnungen

*absolute Werte

¹MOEL-5: Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn, Slowenien²NMS-6: Polen, Tschechien, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Kroatien³ohne Vereinigtes Königreich

3 Die österreichische Außenwirtschaft

Die weltweite Rezession formt das aktuelle Konjunkturbild der **österreichischen Außenwirtschaft**. Im Gegensatz zur Wirtschafts- und Finanzkrise der Jahre 2008/2009, welche sich auf die Warenerzeugung und fortgeschrittene Volkswirtschaften konzentrierte, trifft die aktuelle COVID-19-Pandemie auch wirtschaftsstarke Schwellenländer und den internationalen Reiseverkehr hart. Die Seuchenschutzbestimmungen und weitgehenden Grenzsicherungen beeinträchtigten den internationalen Warentransport und führten zu Unterbrechungen der globalen Zulieferketten, was Produktionsausfälle zur Folge hatte. Der internationale Flug- und Reiseverkehr wurde mit Ende des ersten Quartals fast gänzlich eingestellt.

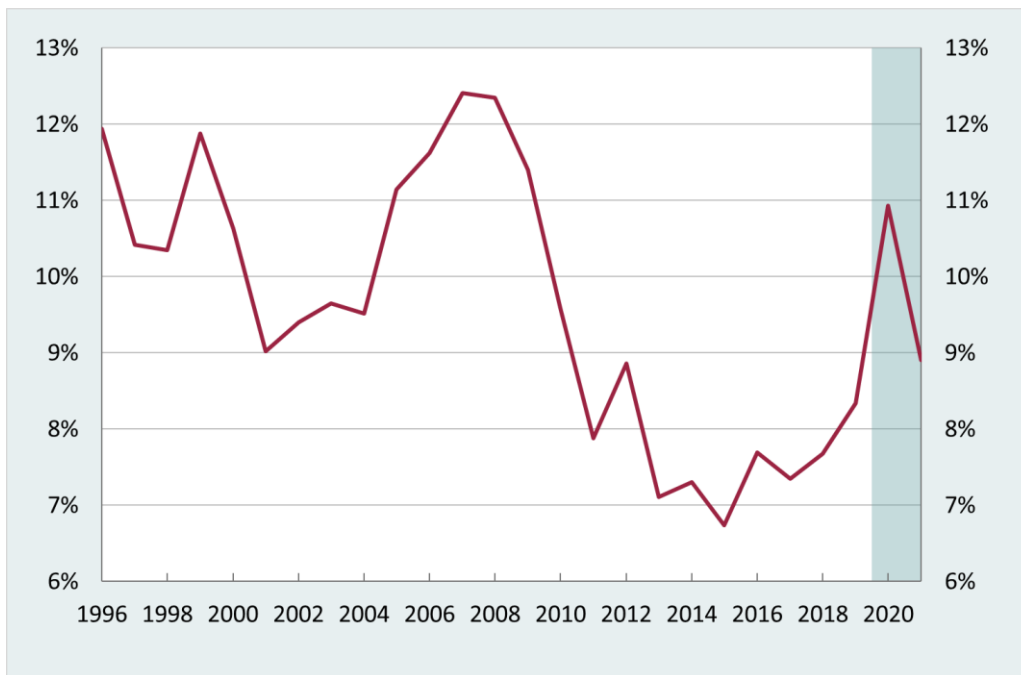
Im ersten Quartal sanken die realen Ausfuhren Österreichs um 1,9 % gegenüber dem Vorquartal. Obwohl die Lockdown-Maßnahmen erst Ende des ersten Quartals in Kraft traten, brachen die realen Reiseverkehrsexporte um 12,7 % ein. Im März schrumpfte die Industrieproduktion Österreichs um 11,7 % gegenüber dem Vormonat, der Rückgang bei den Warenexporten gestaltete sich mit 2,0 % gegenüber dem Vorquartal vergleichsweise mild. Besonders starke Rückgänge wiesen die Ausfuhren Richtung Spanien, Schweden, China und Frankreich auf. Bei der zentralen Produktgruppe der Maschinen und Fahrzeuge brachen auch die Ausfuhren nach Osteuropa und in die USA stark ein. Zeitnahe Indikatoren über den Gütertransport in Österreich deuten auf einen massiven Einbruch der Warenexporte im April hin, gefolgt von einer leichten Erholung im Mai. Die Erwartungen über zukünftige Exportaufträge verschlechterten sich seit Ausbruch der Krise kontinuierlich und befanden sich im Mai auf dem tiefsten Stand seit der letzten Krise. Die Nächtigungen ausländischer TouristInnen brachen im April gänzlich ein. Ähnliche Nächtigungszahlen können auch für Mai erwartet werden, da erste schrittweise Grenzöffnungen erst Mitte Juni erfolgten.

Da sich alle wichtigen Exportmärkte Österreichs in einer Rezession befinden, dürften die heimischen Exporte kräftig einbrechen, jedoch wird kein nachhaltiger Marktanteilsverlust erwartet. Besonders bei der für Österreichs Exporte wichtigen Nachfrage nach Investitionsgütern werden starke Rückgänge erwartet. Die realen Warenexporte dürften im laufenden Jahr um 10,0 % einbrechen und im kommenden Jahr um 7,8 % wachsen. Bei den Reiseverkehrsexporten schlägt sich der Lockdown im laufenden Jahr mit einem Rückgang um 28,0 % nieder. Im folgenden Jahr wird ein Wachstum um 25,0 % erwartet. Die realen Exporte i.w.S. laut VGR werden im laufenden Jahr voraussichtlich um 11,3 % schrumpfen und im kommenden Jahr um 9,0 % wachsen. Aufgrund der gesunkenen Inlandsnachfrage und der rückläufigen Exporte sollte die Importnachfrage deutlich sinken. Die realen Importe i.w.S. laut VGR dürften im laufenden Jahr um 7,3 % fallen und im kommenden Jahr um 5,4 % steigen.

4 Perspektiven der Inlandskonjunktur

Noch zu Jahresbeginn war das österreichische Konsumklima recht optimistisch, die soliden Einkommenszuwächse der letzten Jahre erlaubten den Haushalten, fortgesetzt eine ausgewogene Kombination von Anschaffungsplänen und Sparzielen umzusetzen. Im März fand dieser Konsumoptimismus mit dem Einsetzen der Corona-Krise und dem darauffolgenden Lockdown ein jähes Ende. Im bisher einzigen voll abgelaufenen Quartal des Jahres hielten sich die Verluste insgesamt noch in Grenzen, die Einzelhandelsumsätze fielen real um rund 2 % gegenüber dem ersten Quartal des Vorjahres. Der Monat April verzeichnete demgegenüber einen Rückgang im Einzelhandel von rund 20 % gegenüber April 2019, und bei den Dienstleistungen wurde ein noch stärkerer Einbruch gemeldet. Den weitaus überwiegenden Anteil an diesem Rückgang hat die zweifellos unbefriedigte Haushaltsnachfrage, denn viele Konsumgüter waren gar nicht oder zumindest nicht im gewohnten Einzelhandel erhältlich. Einen weit geringeren Effekt hat der empfindliche unvorhergesehene Verlust an Realeinkommen, der allerdings die Gewinne stärker betrifft als die konsumwirksameren Lohneinkommen. Ebenso dürfte absichtliche Konsumzurückhaltung, etwa aus Angst vor drohender Arbeitslosigkeit oder vor einer Infektion beim Einkauf, weniger bedeutsam sein, denn die österreichischen Haushalte reagieren traditionell nur wenig auf erhöhtes Risiko der Arbeitslosigkeit. Aufgeschobener und später nachgeholter Konsum dürfte nur in einigen Bereichen, wie bei Bekleidung und gewissen dauerhaften Gütern, erheblich werden. Insgesamt ist also davon auszugehen, dass nach dem Auslaufen der spürbarsten Corona-Maßnahmen die Haushalte ihre Konsumtätigkeit nahezu zur Gänze wieder aufnehmen, jedoch korrigiert um die bereits erwähnten noch im laufenden Jahr anfallenden Einkommenseinbußen. Eine Sonderstellung nehmen die nun neuerlich eingebrochenen Neuanmeldungen von Kraftfahrzeugen ein, denn diese waren bereits 2019 sehr schwach und haben ihre frühere Rolle als Konjunkturindikator nachhaltig eingebüßt.

Der **Konsum der privaten Haushalte** erleidet heuer inflationsbereinigt einen Einbruch von 4,5 %. Dieser Rückgang ist deutlicher als die Einbußen bei den Realeinkommen von 1,6 %, wobei die Differenz, wie bereits motiviert, den direkten Lockdown-Effekt und zu einem kleineren Teil die fortgesetzte Unsicherheit ausdrückt. Im kommenden Jahr wird das Minuswachstum wieder kompensiert, der reale private Konsum wird um 4,8 % wachsen, ohne freilich das Niveau zu erreichen, das der Entwicklung ohne Corona-Krise entsprochen hätte. Ebenso werden 2021 die verfügbaren Realeinkommen der Haushalte um 2,3 % erstarken und eine solide Basis für die Wiederaufnahme der längerfristigen Konsum- und Sparpläne bieten. Durch diese Abfolge von starkem Konsumrückgang und darauffolgender Kompensation ergibt sich für die Haushalts-Sparquote 2020 ein hoher Wert von 10,9 %, 2021 dann ein Rückgang auf 8,9 %.

Abbildung 8: Sparquote der privaten Haushalte

Quelle: Statistik Austria, ab 2020 Prognose des IHS

Die Grafik zeigt die längerfristige Entwicklung der **Haushaltssparquote**. Die jüngsten Daten von Statistik Austria lassen für die Jahre 2016 bis 2019 deutlich erkennen, dass sich die Sparquote schon eine geraume Weile im Aufbau befindet. In diesen vier Jahren genossen die Haushalte Realeinkommenszuwächse im Bereich zwischen 1,0 % und 2,6 %, die genügend Spielraum boten, um Sparziele zu verfolgen, ohne auf wesentliche Konsumausgaben verzichten zu müssen. Diese anhaltend starke Sparneigung bei befriedigenden Einkommenszuwächsen trifft nun auf die verordnete Konsumruhe während der Lockdown-Phase, gepaart mit empfindlichen Realeinkommenseinbußen. Gemeinsam mit einer gewissen Zurückhaltung in der Folge entsteht ein Spitzenwert, der kurzzeitig wieder ein zweistelliges Niveau repräsentiert, wie es für die Phase vor der Finanzkrise typisch war. Im nächsten Jahr fällt dann die Haushaltssparquote schnell wieder ab, denn die Haushalte setzen ihre Konsumtätigkeit so fort, wie sie es vor der Corona-Krise gewohnt waren.

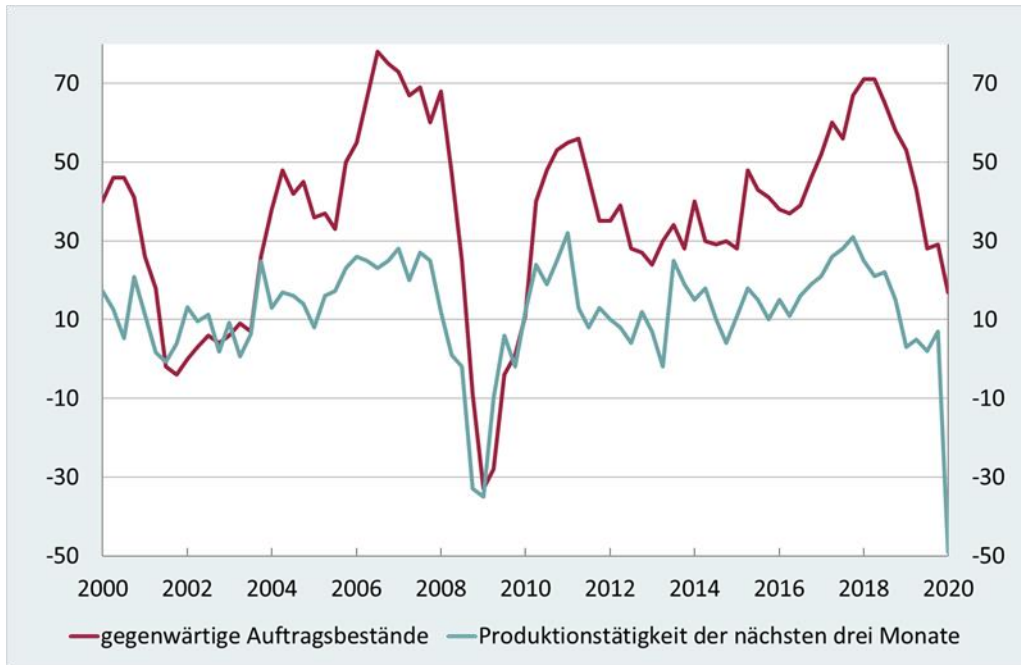
Das vergleichsweise kleine Nachfrageaggregat **Eigenverbrauch privater Dienste ohne Erwerbscharakter** reagiert ebenfalls im Einklang mit dem Gesamtbild. Die beschlossenen Förderungsmaßnahmen für gemeinnützige Vereine sollten in diesem Sektor die Auswirkungen der Corona-Krise dämpfen. Für das laufende Jahr wird hier ein leichter Rückgang von 1,0 % ausgewiesen, für das kommende Jahr ein kompensierendes Wachstum von 1,5 %. Unter Einschluss der Non-Profit-Dienste ergeben sich für den privaten Konsum insgesamt reale Wachstumsraten von –4,4 % und 4,6 %.

In den Jahren 2015 bis 2019 waren die Investitionen eine wesentliche Konjunkturstütze, auch wenn sich ihr Wachstum im vergangenen Jahr abgeschwächt hat; im vierten Quartal gingen die Ausrüstungsinvestitionen um 0,2 % im Vorjahresvergleich zurück. Die Rezession führt zu einem Einbruch der Ausrüstungsinvestitionen, während die Bauinvestitionen weniger stark betroffen sind.

Obwohl die Lockdown-Maßnahmen erst Mitte März in Kraft traten, gingen die **realen Investitionen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen** bereits im ersten Quartal um 3,5 % im Vorjahresvergleich zurück. Dabei machten sich wohl die bereits bestehenden Probleme im Verarbeitenden Gewerbe bemerkbar. Die Anschaffungen von Fahrzeugen waren um rund 17 %, die Käufe anderer Maschinen und Ausrüstungen um rund 2 % niedriger als ein Jahr zuvor. Hingegen stiegen die Investitionen in geistiges Eigentum sowie in Güter der Informations- und Kommunikationstechnologie.

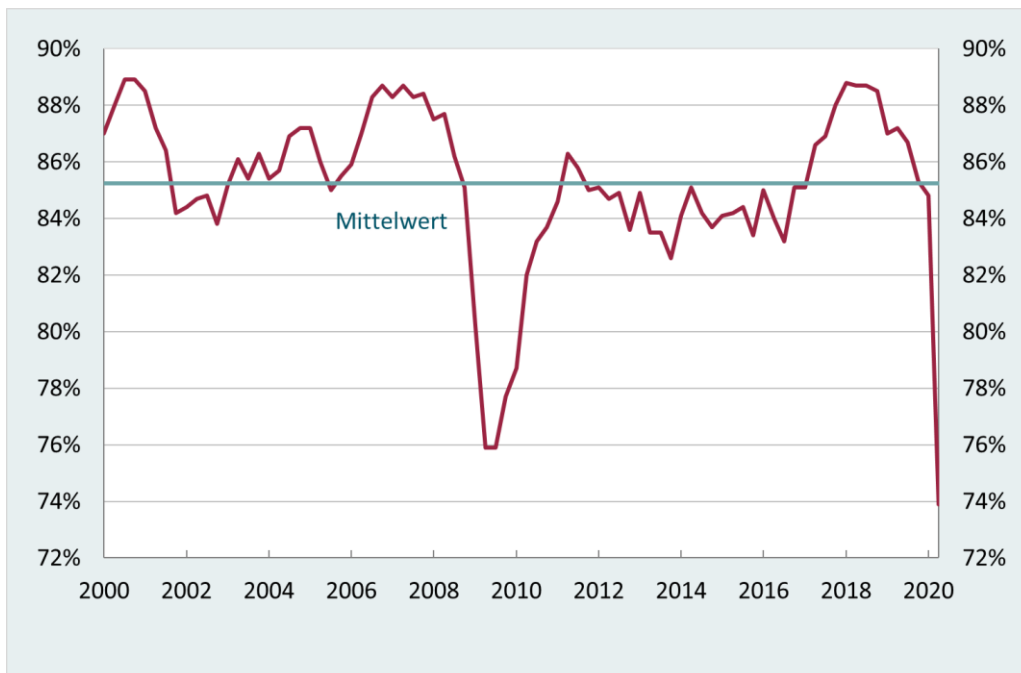
Im zweiten Quartal dürften die Anschaffungen von Maschinen, Geräten und Fahrzeugen stark gesunken sein. Für den weiteren Prognosezeitraum ist mit einer Erholung zu rechnen, aber viele belastende Faktoren verlieren nur allmählich an Einfluss. Mit der Rezession sind die Gewinne eingebrochen, und viele Unternehmen gerieten in Liquiditätsprobleme. Die Auftragslage der Industrieunternehmen und ihre Produktionserwartungen haben sich drastisch eingetrübt (Abbildung 9). Die Kapazitätsauslastung ist von knapp 85 % im Jänner auf knapp 74 % im April gesunken. Der Rückgang erfolgte wesentlich schneller als während der Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2009, und die Auslastung der Produktionskapazitäten ist nun niedriger als damals (Abbildung 10). Die drastische Verschlechterung der konjunkturellen Rahmenbedingungen dürfte dazu führen, dass zuvor geplante Investitionsprojekte nun nicht mehr als rentabel eingestuft und zurückgestellt oder ganz aufgegeben werden. Auch die Fremdfinanzierungskonditionen haben sich trotz der niedrigen Zinsen verschlechtert. Gemäß der vierteljährlichen Umfrage der EZB zum Kreditgeschäft im Euroraum (*bank lending survey*) kam es in Österreich im ersten Quartal 2020 zu Verschärfungen der Margen und Kreditrichtlinien für Unternehmenskredite, nachdem diese in den vergangenen vier Jahren gelockert worden waren. Die aktuellen Verschärfungen wurden mit einer geänderten Risikoeinschätzung und mit höheren Refinanzierungskosten der Banken begründet.

Abbildung 9: Beurteilung der Auftragsbestände und der Produktionstätigkeit
Saldo aus positiven und negativen Antworten



Quelle: Industriellenvereinigung

Abbildung 10: Kapazitätsauslastung in der österreichischen Industrie
saisonbereinigt



Quelle: Europäische Kommission

Gestützt werden die Investitionen durch die fiskalischen Stabilisierungsmaßnahmen. Diese beinhalten unter anderem eine Eigenkapitalstärkung, einen Verlustrücktrag und staatliche Garantien für Bankkredite. Anfang Juni wurden zudem die degressive Abschreibung von Investitionen und, befristet für den Zeitraum 1. September 2020 bis 28. Februar 2021, eine Investitionsprämie beschlossen. Diese beträgt im Allgemeinen 7 % und für Güter im Zusammenhang mit Digitalisierung oder Ökologisierung sowie im Gesundheitsbereich 14 %. Die Prämie dürfte Investitionen anregen, aber auch zu einer Verschiebung ohnehin geplanter Investitionsprojekte in den Zeitraum führen, in dem die Förderung gewährt wird. Insgesamt dürften die Ausrüstungsinvestitionen heuer um 12,5 % einbrechen und im kommenden Jahr um 6,5 % ausgeweitet werden.

Der Einbruch der Preise für Energie und Industrierohstoffe im Zuge der Krise dürfte sich auch in den Investitionsgüterpreisen niederschlagen. Im ersten Quartal war der Preisindex der Ausrüstungsinvestitionen um 0,9 % höher als im gleichen Vorjahresquartal, nach 1,2 % im Jahresdurchschnitt 2019. Der Rückgang der Rohstoffpreise und der Nachfrageeinbruch nach Investitionsgütern dürfte im weiteren Jahresverlauf den Preisauftrieb bei den Investitionen dämpfen. Im Zuge der weltweiten Konjunkturerholung sollten die Preise für Investitionsgüter im kommenden Jahr etwas stärker anziehen. Das Institut erwartet, dass der Deflator der Ausrüstungsinvestitionen in den Jahren 2020 und 2021 um 0,7 % bzw. 1,1 % steigen wird.

Die Krise betrifft die Bauinvestitionen weniger als die Ausrüstungsinvestitionen. Im ersten Quartal waren die **realen Bauinvestitionen** um 1,0 % niedriger als ein Jahr zuvor, wobei die Wohnbauinvestitionen stagnierten und die sonstigen Bauinvestitionen um 1,6 % eingeschränkt wurden. Gemäß dem wöchentlichen BIP-Indikator der Oesterreichischen Nationalbank trat der maximale Rückgang der Bauinvestitionen infolge der Lockdown-Maßnahmen in der zweiten April-Woche auf. Bis zur zweiten Juni-Woche hatte sich die Lücke deutlich verringert. Nach dem Ende der Beschränkungen sollte die Bautätigkeit relativ rasch wieder hochgefahren werden können, zumal auch die Arbeitskräfte aus den anderen EU-Ländern inzwischen wieder ungehindert einreisen können. Allerdings wird die Nachfrage nach Bauinvestitionen durch einige Faktoren belastet. So hat der Anstieg der Arbeitslosigkeit zu einem Rückgang der verfügbaren Einkommen geführt, und auch die Unsicherheit bezüglich des Arbeitsplatzes dürfte die private Wohnbautätigkeit bremsen. Gleichwohl stützt der starke Anstieg der Wohnbaubewilligungen im vergangenen Jahr die Wohnbautätigkeit in diesem Jahr, sofern die Bewilligungen tatsächlich in Anspruch genommen werden. In der zweiten Jahreshälfte 2019 hatten die Baubewilligungen im Vorjahresvergleich um knapp 23 % zugelegt. Im ersten Quartal 2020 waren noch keine Auswirkungen der Pandemie auf den Wohnummobiliemarkt erkennbar. Auch die Immobilienpreise stiegen weiterhin kräftig. Im Bundesgebiet ohne Wien erhöhte sich der Preisauftrieb deutlich von 1,2 % im vierten

Quartal 2019 auf 2,8 % im ersten Quartal 2020, in Wien reduzierte sich die Preisdynamik von 4,3 % auf 3,9 %. Die Finanzierungsbedingungen bleiben günstig. Allerdings melden die Banken auch bei den Wohnbaukrediten eine Verschärfung der Margen infolge einer geänderten Risikoeinschätzung.

Bei den Bauinvestitionen der Unternehmen dürfte die Krise deutlichere Spuren hinterlassen als beim Wohnbau. Der Gewinneinbruch, Liquiditätsprobleme und geänderte Renditeeinschätzungen dürften die Bautätigkeit bei Geschäftsgebäuden, insbesondere im Tourismus und in der Gastronomie, nachhaltig drücken. Stützend wirken auch hier die fiskalpolitischen Maßnahmen im Unternehmensbereich. Die Bauinvestitionen der Gebietskörperschaften geraten durch die wegbrechenden öffentlichen Einnahmen unter Druck. Die Bundesregierung federt dies ab, indem sie die Investitionen der Kommunen finanziell fördert. Die Konjunkturpakete sehen auch öffentliche Investitionen in den Bereichen erneuerbare Energien und Breitbandausbau sowie für die Sanierung öffentlicher Gebäude vor. Darüber hinaus wird die thermische Gebäudesanierung steuerlich gefördert. Alles in allem dürften die Bauinvestitionen heuer um 2,5 % sinken und im kommenden Jahr um 1,5 % steigen.

Der Preisauftrieb im Baubereich hat sich im ersten Quartal nur wenig abgeschwächt, aber im zweiten Quartal gerieten die Baukosten aufgrund der Entwicklung der Rohstoffpreise stärker unter Druck. Im ersten Quartal waren die Preise im Hochbau um 3,1 % und im Tiefbau um 1,9 % höher als im gleichen Quartal des Vorjahrs. Während der Preisauftrieb im Hochbau unverändert blieb, verringerte er sich im Tiefbau um einen halben Prozentpunkt. Für den gesamten Baubereich ergibt sich ebenso wie für den Deflator der Bauinvestitionen ein Anstieg um 2,6 %. Im April und Mai kam es zu kräftigen Rückgängen der Baukosten, insbesondere bei Treibstoffen, Bitumen und Stahl. Gebremst wurde der Preisrückgang durch steigende Lohnkosten. Die Kostensenkungen und die geringere Nachfrage dürften den Preisauftrieb weiterhin begrenzen, sodass für den Jahresdurchschnitt ein Anstieg des Deflators der Bauinvestitionen um 1,5 % erwartet wird, gefolgt von 1,8 % im kommenden Jahr.

Aus der Prognose der Ausrüstungs- und der Bauinvestitionen ergibt sich für die **Bruttoanlageinvestitionen** ein Rückgang um knapp 8 % im Jahr 2020 und ein Anstieg um rund 4 % im kommenden Jahr. Die Investitionsquote, gemessen als Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am nominellen Bruttoinlandsprodukt, ist im vergangenen Jahr von 23,9 % auf 24,3 % gestiegen. Da die Investitionen in der Krise stärker einbrechen als das Bruttoinlandsprodukt, dürfte die Investitionsquote heuer auf 24,0 % und im kommenden Jahr auf 23,7 % zurückgehen. Damit wäre sie aber immer noch etwas höher als im Jahr 2017. Die Lagerbestandsveränderungen verhalten sich üblicherweise prozyklisch. Sie werden voraussichtlich im laufenden Jahr einen negativen und im kommenden Jahr einen leicht positiven Wachstumsbeitrag liefern. Die gesamten

Bruttoinvestitionen (Anlageinvestitionen plus Lagerbestandsveränderungen) gehen gemäß dieser Prognose im Jahr 2020 um 11,1 % zurück und werden im Jahr 2021 um 4,2 % ausgeweitet.

Die Lage der **öffentlichen Haushalte** steht ganz im Zeichen der globalen COVID-19-Pandemie. Das gesundheitspolitisch notwendige Herunterfahren der österreichischen Volkswirtschaft und die Maßnahmen zur Ankurbelung der Konjunktur belasten die öffentlichen Haushalte massiv. Das Institut erwartet daher für das Jahr 2020 ein Defizit nach Maastricht in Höhe von 11,5 % des BIP und für 2021 ein Defizit in Höhe von 4,0 % des BIP.

Das Rekorddefizit des Jahres 2020 ist dabei sowohl einem drastischen Rückgang staatlicher Einnahmen als auch, aufgrund der staatlichen Hilfsprogramme, einem enormen Anstieg der staatlichen Ausgaben geschuldet. Der makroökonomische Schock der COVID-19-Pandemie verursacht nach Schätzungen des Instituts einen Entfall an Staatseinnahmen in Höhe von 11,6 Mrd. Euro. Zusätzlich werden an Kosten für Soforthilfemaßnahmen, Kurzarbeit, den Corona-Hilfsfond sowie weitere COVID-19-Maßnahmen im Jahr 2020 rund 24,5 Mrd. Euro erwartet. Des Weiteren werden für das im Juni vorgelegte Konjunkturpaket Ausgaben von rund 7,3 Mrd. Euro veranschlagt. Hierbei unterstellt das Institut einen durchschnittlichen Selbstfinanzierungsgrad von 30 %. Für Maßnahmen, welche auf Haushalte mit hoher Konsumneigung zugeschnitten sind (Einmalzahlung für Arbeitslose, Negativsteuer), wird ein höherer Selbstfinanzierungsgrad erwartet als bei Maßnahmen für Haushalte ohne Finanzierungsbeschränkungen (z.B. Teile der Einmalzahlung für Familien). In Summe erwartet das Institut daher für das Jahr 2020 eine zusätzliche Belastung der öffentlichen Haushalte in Höhe von 43,2 Mrd. Euro. Die erhöhten staatlichen Aktivitäten schlagen sich auch in einer Zunahme des realen öffentlichen Konsums nieder; hier erwartet das Institut für das Jahr 2020 eine Zunahme von 2,0 % und für das Jahr 2021 eine Zunahme von 1,5 %. Die Budgetzahlen für dieses Jahr unterliegen noch immer einer relativ hohen Schwankungsbreite, auch wenn sich die Unsicherheit langsam verringert. Das erwartete Defizit für 2021 ist demgegenüber noch immer mit sehr hoher Unsicherheit behaftet. Dies gilt gleichermaßen für die wirtschaftliche Entwicklung und damit die Staatseinnahmen wie auch für die Staatsausgaben, insbesondere mit Blick auf das Schlagendwerden von Garantien und Haftungen.

Der Wirtschaftseinbruch dürfte auf die **Arbeitnehmerentgelte je Aktiv-Beschäftigten** durchschlagen. Während die Effektivlöhne im ersten Quartal noch kräftig gestiegen sind, sollten in der Folge Struktureffekte (geringere Arbeitsstunden, Wegfall von Überstunden und Zulagen usw.) und im Jahresverlauf nachlassende Tariflohnzuwächse das Lohnwachstum spürbar verringern. Für das Gesamtjahr 2020 geht das Institut rezessionsbedingt nur noch von einem Zuwachs von 0,5 % aus. Die niedrige

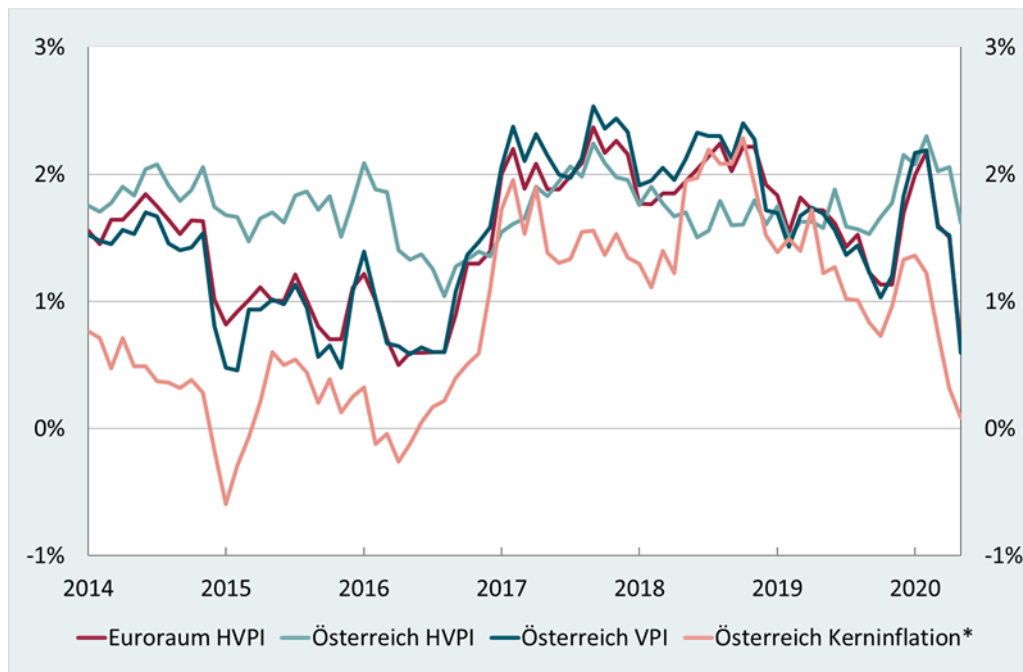
Teuerungsrate dürfte den realen Einkommensverlust in diesem Jahr abmildern. Die Reallöhne sinken laut Institutsprognose um 0,5 %. Üblicherweise geht in einer Rezession die Arbeitsproduktivität (Arbeitskräftehortung) zurück. Die Maßnahmen der Bundesregierung, insbesondere die Kurzarbeitsbeihilfe, dürften den Beschäftigungsrückgang spürbar verringert haben. Somit sinkt das BIP deutlich stärker als die Anzahl der unselbständig Beschäftigten, was die Arbeitsproduktivität um 4,9 % einbrechen lässt. Im kommenden Jahr dürften die Effektivlöhne um 1,0 % steigen, was bei einer prognostizierten Teuerung (Konsumdeflator) von 1,3 % eine leicht negative Reallohnentwicklung (–0,2 %) impliziert.

Die **Inflation**, gemessen am Anstieg des VPI, fiel von 2,0 % zu Jahresbeginn auf 1,5 % im April. Dies war fast ausschließlich der Entwicklung des Rohölpreises geschuldet, der im April um fast 75 % gegenüber dem Vorjahresmonat fiel. Im Mai sank die Inflationsrate weiter auf 0,7 %, was wiederum auf einen kräftigen Beitrag der Energiepreiskomponente zurückzuführen ist, aber erstmals seit dem Lockdown auch in Zusammenhang mit Preiseffekten anderer Komponenten zu bringen ist. So lässt der Preisdruck insbesondere bei den Industriegütern nach. Die anteilig wichtigste Komponente, die Preise für Dienstleistungen, verliert bisher aber nur leicht an preistreibender Kraft. Die Messung der Inflationsrate gestaltete sich in den Monaten des Lockdowns allerdings schwierig (siehe dazu Informationen auf der Website <https://ec.europa.eu/eurostat/de/web/hicp/methodology>). Darüber hinaus ist ihre Aussagekraft eingeschränkt, da es zu erheblichen Veränderungen hinsichtlich der Zusammensetzung des Warenkorbes gekommen sein dürfte, welche die Inflationsrate konstruktionsbedingt nicht berücksichtigt. So konnten zum Beispiel in der Zeit des Lockdowns kaum Ausgaben in der Gastronomie getätigt werden.

Die Prognose der Inflationsrate gestaltet sich nach wie vor schwierig und ist mit großer Unsicherheit behaftet. Grundsätzlich wirkt eine Rezession preisdämpfend. Allerdings gibt es eine Reihe an Umständen, die einer Preissenkung in manchen Bereichen entgegenstehen. So könnten z. B. die Angebote insbesondere im Unterhaltungsbereich ebenfalls eingeschränkt werden, etwa durch eine vorgeschriebene Verringerung der Ticketanzahl je Vorführung. Auch höhere Kosten aufgrund von Hygienemaßnahmen könnten anfallen und ggf. an die Kunden weitergereicht werden. Lieferengpässe aufgrund nachhaltiger Störungen internationaler Lieferketten wirken ebenfalls Preissenkungen entgegen. Ähnlich verhält es sich hinsichtlich der diskutierten Mehrwertsteuersenkung, die einen Teil des Warenkorbs betrifft. Grundsätzlich wirken Steuersenkungen preisdämpfend. Dies impliziert allerdings, dass die Steuersenkungen auch in Form von Preissenkungen an die Endkunden weitergegeben werden. Ob die zur Diskussion stehenden Mehrwertsteuersenkungen weitergegeben werden, ist a priori nicht klar. Dagegen sprechen die zeitliche Befristung auf sechs Monate,

Umstellungskosten sowie die Machbarkeit der technischen Umsetzung, falls die Mehrwertsteuersenkungen bereits mit Juli in Kraft treten sollen. Die Erhöhung der Tabaksteuer zum 1. Oktober wird erfahrungsgemäß weitergegeben und wird preistreibend wirken. Im verbleibenden Jahr unterstellt das Institut positive, aber rückläufige Raten im Bereich der Lebensmittel, der Industriegüter und der Dienstleistungen. Die Energiepreiskomponente wird auch weiterhin negativ zur Inflationsrate beitragen, voraussichtlich aber nicht mehr in dem Ausmaß wie im Mai. In Summe erwartet das Institut für das Gesamtjahr 2020 eine Inflationsrate von 1,0 %. Im nächsten Jahr könnte insbesondere der Wegfall des Basiseffekts bei den Energiepreisen die Inflationsrate leicht auf 1,3 % erhöhen.

Abbildung 11: Inflation in Österreich und im Euroraum



Quelle: Eurostat, Statistik Austria, eigene Berechnungen

*Inflation ohne Nahrungsmittel und Energie in Österreich

Typischerweise erhöht sich das Inflationsdifferential Österreichs im Vergleich zum Euroraum immer dann, wenn Ölpreissenkungen auftreten. Dies ist im Wesentlichen auf die geringere Gewichtung der Energiepreiskomponente im österreichischen Warenkorb zurückzuführen. Nach wie vor tragen aber die unterschiedlichen Entwicklungen der Dienstleistungspreise hauptsächlich zum Inflationsdifferential bei. Für den Euroraum geht das Institut von Inflationsraten von 0,5 % im Jahr 2020 und 1,0 % im Jahr 2021 aus.

Der Lockdown der österreichischen Wirtschaft verursachte eine massive Verschlechterung der Arbeitsmarktlage. Die Arbeitslosigkeit erreichte historische Rekordhöhen und die Beschäftigung brach ein. Im Mai war ein gutes Drittel der

Beschäftigten zur Corona-Kurzarbeit angemeldet. Mit dem Anziehen der wirtschaftlichen Aktivitäten ist die Arbeitslosenzahl etwas gefallen. Diese Tendenz dürfte sich im Prognosezeitraum fortsetzen, allerdings wird für den Jahresdurchschnitt 2021 noch eine Arbeitslosenquote von 9,2 % erwartet. Durch einen zielgerichteten Einsatz von Instrumenten der aktiven Arbeitsmarktpolitik könnte einer Verfestigung der Arbeitslosigkeit entgegengewirkt werden.

Bis Mitte März dieses Jahres entwickelte sich die Arbeitsmarktlage in Österreich sehr erfreulich. Die Beschäftigung legte kräftig zu und die Zahl der Arbeitslosen ging zurück. Mit dem Lockdown änderte sich die Arbeitsmarktlage schlagartig. Beginnend mit 16. März stieg die Zahl der vorgemerkten **Arbeitslosen** binnen 14 Tagen von 330.000 auf 499.000. Im April verlangsamte sich der Anstieg spürbar und am Dienstag nach Ostern (14. April) verzeichnete die Arbeitslosigkeit mit 534.000 Personen ihren Höchststand. Seither geht der Arbeitslosenbestand langsam zurück; am 15. Juni waren noch 435.000 Personen als arbeitslos vorgemerkt. Der Wirtschaftseinbruch reflektiert sich natürlich auch bei den **Aktiv-Beschäftigten**. Diese gingen Ende März im Vorjahresvergleich um 187.000 Personen bzw. 5,0 % zurück; damit wurde der größte Beschäftigungseinbruch seit den 1950er Jahren verzeichnet. Zum Stichtag Ende Mai lag die Beschäftigung immer noch um 150.000 Personen bzw. 4,0 % unter dem Vorjahr. Die Beschäftigtenzahl inkludiert die zur Kurzarbeit angemeldeten Personen. Im Mai belief sich die Zahl der geplanten TeilnehmerInnen auf 1,4 Mio., also rund 1/3 der Beschäftigten. In Übereinstimmung mit den Erfahrungen der Jahre 2009/2010 dürfte die tatsächliche Inanspruchnahme jedoch merklich geringer ausfallen. Besonders verbreitet ist die (angemeldete) Kurzarbeit in den Branchen Tourismus, Kunst/Unterhaltung/Erholung sowie in den Branchen Verarbeitendes Gewerbe, Handel und Bau.

In sektoraler Sicht expandierte die Arbeitslosigkeit breitflächig. Laut den Daten Ende Mai stieg die Arbeitslosigkeit im Vorjahresvergleich besonders kräftig im Tourismus (Anstieg 143 %), im Bereich Kunst/Unterhaltung/Erholung (96 %) sowie am Bau, im Verkehr und bei den persönlichen Dienstleistungen (jeweils rund 85 %). Verhaltener fiel der Anstieg in der Warenherstellung (63 %) und im Handel (60 %) aus. Die sektorale Entwicklung der Arbeitslosigkeit reflektiert damit weiterhin zu einem Gutteil die wirtschaftlichen Einschränkungen durch den Lockdown, wovon insbesondere die Branchen Tourismus, Kunst/Unterhaltung/Erholung, persönliche Dienstleistungen und der Handel mit nicht-lebenswichtigen Gütern betroffen waren.

Tabelle 4: Arbeitsmarktentwicklung Jänner bis Mai 2020*Veränderungen gegenüber dem Vorjahr*

	in Köpfen	in Prozent
Beschäftigte	–91.569	–2,4 %
Männer	–50.743	–2,5 %
Frauen	–40.825	–2,3 %
Aktiv-Beschäftigte*	–87.000	–2,4 %
Primärer Sektor	–86	–0,1 %
Sachgüterproduktion	–6.845	–1,1 %
Bau	–5.974	–2,3 %
Dienstleistungssektor	–74.142	–2,7 %
Arbeitslose gesamt	119.641	37,6 %
Männer	64,296	35,4 %
Frauen	55,345	40,5 %
Personen in Schulungsmaßnahmen des AMS	–8.797	–13,5 %

Quelle: Dachverband der Sozialversicherungsträger, AMS, eigene Berechnungen

*ohne Personen mit aufrechtem Beschäftigungsverhältnis, die Kindergeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten

Die Prognose der weiteren Arbeitsmarktentwicklung ist mit hoher Unsicherheit behaftet. Mit dem Aufleben der wirtschaftlichen Aktivität sollte auch die Beschäftigungsdynamik wieder etwas kräftiger werden. Allerdings ist davon auszugehen, dass zuerst die Kurzarbeit in den Betrieben zurückgefahren wird. Die Zahl der offenen Stellen ist gering. Insgesamt gesehen wird somit für den Jahresdurchschnitt 2020 ein Beschäftigungsrückgang um 2,5 % erwartet. Die etwas verbesserte Konjunktur und die zunehmend geringer werdenden COVID-19-bedingten Einschränkungen sollten dazu führen, dass die Arbeitslosenzahl in den kommenden Monaten weiter sinkt. Der Abbau der Arbeitslosigkeit dürfte aber nur langsam erfolgen, sodass die Arbeitslosenzahl zum Jahresende noch deutlich über dem Vorjahresniveau liegen dürfte. Für den Jahresdurchschnitt 2020 erwartet das Institut einen Anstieg der Zahl der registrierten Arbeitslosen um 40 % auf 422.000 Personen. Somit ergibt sich eine Arbeitslosenquote von 10,2 %. Nächstes Jahr sollte sich die Arbeitsmarktlage weiter verbessern. Die Beschäftigung wird voraussichtlich um 1,5 % expandieren und die Arbeitslosenquote könnte auf 9,2 % fallen. Ausgehend von 4,5 % im Vorjahr dürfte die Arbeitslosenquote nach Eurostat-Definition auf 5,8 % ansteigen und im Jahr 2021 auf 5,3 % zurückgehen. Aufgrund von Definitionsunterschieden, etwa der Notwendigkeit von

Suchanstrengungen für die Klassifikation als arbeitslos, dürfte der krisenbedingte Anstieg der Arbeitslosigkeit laut Eurostat-Definition geringer ausfallen.

In der aktuellen Situation sind fiskalpolitische Maßnahmen essentiell, um eine Pleitewelle zu verhindern und die Einkommenserwartungen zu stabilisieren. Aber auch in der Krise sind verstärkte arbeitsmarktpolitische Anstrengungen sinnvoll. Die Arbeitslosenversicherung zählt zu den automatischen Stabilisatoren, die durch ihre antizyklische Wirkung die Konjunktur glätten. Ein temporär höheres Arbeitslosengeld bzw. eine verlängerte Bezugsdauer sind daher in Krisenzeiten ökonomisch sinnvoll.

Ohne die Corona-Kurzarbeit wäre der Beschäftigungsabbau deutlich stärker ausgefallen. Im Vergleich mit den Jahren 2009/2010 und anderen Instrumenten der Arbeitsmarktpolitik sind aber die beantragen Kosten sehr hoch. Die starke geplante Inanspruchnahme ist mit hoher Wahrscheinlichkeit mit Mitnahmeeffekten verbunden. Unzweifelhaft gibt es Branchen (etwa Gastronomie, Hotellerie, Kulturbetriebe), in denen die Nachfrage aufgrund der gesetzlichen Einschränkungen schwach bleiben wird. Für diese Betriebe könnte eine Verlängerung diskutiert werden. Für die anderen Betriebe wäre allenfalls eine Rückkehr zum alten Modell der Kurzarbeit anzudenken. Vorteilhaft wäre es, die Kurzarbeit mit Weiterbildungsaktivitäten zu kombinieren, was die Mitnahmeeffekte senken könnte. Zu beachten ist auch, dass die Kurzarbeit strukturkonservierend wirken kann.

Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik, insbesondere Qualifizierung, sind notwendig, um durch die Krise verursachte Humankapitalverluste zu kompensieren und dem Entstehen von Langzeitarbeitslosigkeit entgegenzuwirken. Sobald die Beschäftigungsnachfrage anzieht, sind verstärkte Vermittlungsanstrengungen des Arbeitsmarktservice angezeigt, um den Abbau der Arbeitslosigkeit zu ermöglichen und das Matching am Arbeitsmarkt zu verbessern. Besonders ungünstig dürfte sich die Situation für NeueinsteigerInnen am Arbeitsmarkt darstellen, für diese müssen wohl Maßnahmen intensiviert werden (z.B. überbetriebliche Lehrausbildung).

5 Monetäre Prognose

Zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie kam es in den vergangenen Monaten weltweit zu Leitzinssenkungen, sofern der Zinssatz nicht schon zuvor bei bzw. unter null gelegen war, und zur Ausweitung von Ankaufprogrammen. So liegt der Zinssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte im Euroraum weiterhin bei 0 %, im Vereinigten Königreich und in den USA wurden die Leitzinsen gesenkt und betragen nun 0,1 % bzw. 0 % bis 0,25 % (Zielband). In der Schweiz und in Japan liegen die Zinsen nach wie vor im negativen Bereich, und zwar bei –0,75 % bzw. –0,1 %.

Die Inflation im Euroraum, gemessen am Anstieg des HVPI, ist zuletzt weiter zurückgegangen und bewegt sich damit markant unter der Zielmarke der EZB. Diese liegt unterhalb von, aber knapp bei 2 %. Im März, April und Mai betrug die Inflation im Euroraum 0,7 %, 0,3 % bzw. 0,1 %. Für den Jahresdurchschnitt 2020 wird mit einem Wert von 0,5 % gerechnet, danach sollte die Inflation etwas anziehen und im kommenden Jahr 1,0 % betragen. Die Leitzinsen im Euroraum werden im Prognosezeitraum auf ihren niedrigen Niveaus verharren. Damit bleibt die Geldpolitik für Österreich deutlich expansiv ausgerichtet.

Tabelle 5: Leitzinsen

	Europäische Zentralbank	Federal Reserve	Bank of England	Schweizerische Nationalbank	Bank of Japan
Ende 2017	0,05	1,25 – 1,5	0,5	–0,75	–0,1
Ende 2018	0	2,25 – 2,5	0,75	–0,75	–0,1
Ende 2019	0	1,5 – 1,75	0,75	–0,75	–0,1
19.6.2020	0	0 – 0,25	0,1	–0,75	–0,1

Für die Jahre 2017 und 2018 werden bei den Leitzinsen der Schweizerischen Nationalbank die mittleren Sätze des damals gültigen Zielbandes angegeben.

Quelle: Nationale Zentralbanken, Refinitiv Datastream

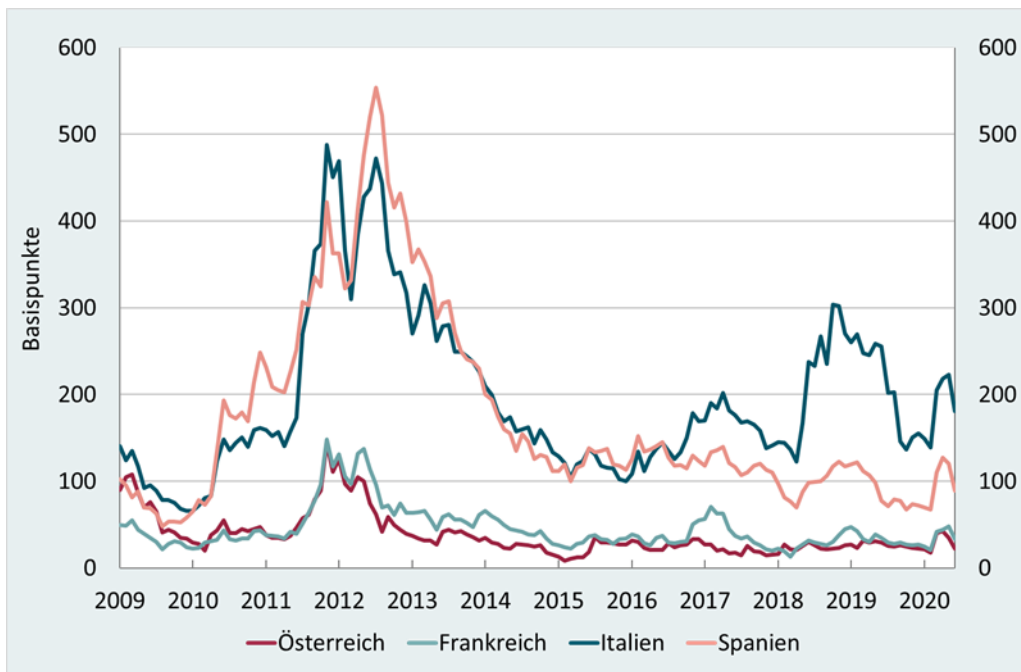
Die EZB hat zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie ihr Ankaufprogramm deutlich ausgeweitet. Im Rahmen des Pandemie-Notfallankaufprogramms (*Pandemic Emergency Purchase Programme*, PEPP) wurde zunächst ein Ankaufvolumen von 750 Mrd. Euro beschlossen, das im Juni auf 1350 Mrd. Euro aufgestockt wurde. Dieses Volumen kann bis Juni 2021 gekauft werden. Daneben läuft das herkömmliche Programm zum Ankauf von Vermögenswerten mit einem Volumen von monatlich 20 Mrd. Euro und zusätzlich 120 Mrd. Euro bis Ende des Jahres weiter. In beiden Ankaufprogrammen werden die Tilgungsbeträge der erworbenen Wertpapiere bei Fälligkeit weiterhin wieder veranlagt, im Rahmen des PEPP bis mindestens Ende 2022, im Rahmen des herkömmlichen

Ankaufprogramms bis nach dem Zeitpunkt, zu dem die EZB mit der Erhöhung der Leitzinsen beginnt. Des Weiteren senkte die EZB den Zinssatz für längerfristige Refinanzierungsgeschäfte, um die Kreditvergabe von Banken zu stimulieren. Bezüglich künftiger Zinsenentscheidungen kommuniziert die EZB weiterhin, dass die Leitzinsen solange nicht angehoben werden, bis sich die Inflationsaussichten dem Inflationsziel von knapp unter 2 % nähern und sich dies auch in der zugrundeliegenden Inflationsdynamik widerspiegelt.

Die Geldmarktzinsen im Euroraum sind zuletzt im Einklang mit der Geldpolitik der EZB weitgehend konstant geblieben und notierten im Durchschnitt des zweiten Quartals bei –0,3 %. Dies entspricht einem marginalen Anstieg von rund 10 Basispunkten im Vergleich zum Vorquartal und einer Konstanz im Vergleich zum Vorjahresquartal. Für den Prognosezeitraum erwartet das Institut keine wesentliche Veränderung der kurzfristigen Geldmarktzinsen. Der 3-Monats-Euribor sollte im laufenden und im kommenden Jahr jeweils –0,4 % betragen.

Die Renditen von Staatsanleihen haben sich zuletzt nicht verändert. Österreichische und deutsche Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von 10 Jahren notierten im zweiten Quartal 2020 zu durchschnittlich –0,1 % bzw. –0,4 %. Dies bedeutet eine Konstanz im Vergleich zum Vorquartal und einen Renditerückgang im Vergleich zum Vorjahresquartal um jeweils rund 30 Basispunkte.

Abbildung 12: Renditeabstände zehnjähriger Staatsanleihen gegenüber Deutschland



Quelle: Refinitiv Datastream

Nach wie vor gelten deutsche Bundesanleihen als die sichersten Papiere im Euroraum, was den Druck auf die Renditen dieser Papiere hoch hält und gleichzeitig bedeutet, dass die Staatsanleihen aller anderen Euroraum-Länder höhere Renditen aufweisen. Die Spreads (Renditeabstände) der besonders stark von der COVID-19-Pandemie betroffenen Staaten haben sich in den vergangenen Monaten in Erwartung steigender Staatsschulden deutlich ausgeweitet (siehe Abbildung 12). Die Ankündigung des EZB-Notfallprogramms konnte diesen Anstieg etwas abfangen. Das Institut rechnet damit, dass das Renditeniveau von Staatsanleihen in den stabilen Euroraum-Ländern in der Prognoseperiode nur leicht ansteigt. Für die Jahre 2020 und 2021 wird für österreichische Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren eine durchschnittliche Rendite von $-0,1\%$ bzw. $0,1\%$ prognostiziert.

Im Durchschnitt des zweiten Quartals 2020 betrug der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar 1,10 USD/EUR und hat sich damit gegenüber dem Vorquartal nicht verändert. Im Vergleich zum Vorjahresquartal hat der Euro etwas an Wert verloren, und zwar um rund 2% . Für die Jahre 2020 und 2021 werden durchschnittliche Jahreskurse von 1,12 USD/EUR bzw. 1,13 USD/EUR erwartet.

Die Prognose des Instituts zur Entwicklung verschiedener Einlagekategorien und des vergebenen Kreditvolumens von in Österreich meldepflichtigen Kreditinstituten in den Jahren 2020 und 2021 fällt wie folgt aus. Die gesamten Einlagen sollten um $3,2\%$ bzw. $1,9\%$ steigen. Die Spareinlagen dürften im Prognosezeitraum schrumpfen, und zwar um $1,3\%$ bzw. $1,4\%$. Für das Kreditvolumen prognostiziert das Institut eine Ausweitung um $2,1\%$ bzw. $0,5\%$.

6 Tabellenanhang

TAB. 1/1: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT (ABSOLUT UND VERÄNDERUNG GEGENÜBER VORJAHR)

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
BIP ZU MARKTPREISEN REAL (MRD. €)	340,812 0,7%	344,269 1,0%	351,439 2,1%	360,142 2,5%	368,857 2,4%	374,806 1,6%	347,595 -7,3%	367,899 5,8%
BIP ZU MARKTPREISEN NOM. (MRD. €)	333,146 2,9%	344,269 3,3%	357,300 3,8%	370,296 3,6%	385,712 4,2%	398,682 3,4%	375,205 -5,9%	401,491 7,0%
DEFLATOR DES BIP (2015=100)	97,751 2,2%	100,000 2,3%	101,668 1,7%	102,819 1,1%	104,570 1,7%	106,370 1,7%	107,943 1,5%	109,131 1,1%
VERBRAUCHERPREISINDEX (2015=100)	99,097 1,7%	100,000 0,9%	100,900 0,9%	103,000 2,1%	105,100 2,0%	106,700 1,5%	107,767 1,0%	109,114 1,3%
ARBEITNEHMER-ENTGELT JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	46,490 2,1%	47,455 2,1%	48,561 2,3%	49,277 1,5%	50,561 2,6%	51,915 2,7%	52,175 0,5%	52,696 1,0%
UNSELBSTÄNDIG AKTIV-BESCHÄFTIGTE (IN 1000 PERSONEN)	3415,529 0,7%	3448,745 1,0%	3502,431 1,6%	3573,088 2,0%	3661,127 2,5%	3720,041 1,6%	3627,040 -2,5%	3681,446 1,5%
ARBEITSLOSENQUOTE NATIONALE DEF. ABSOLUTE DIFFERENZEN	8,354 0,736	9,111 0,757	9,059 -0,051	8,509 -0,550	7,700 -0,810	7,352 -0,348	10,233 2,881	9,173 -1,060

TAB. 1/2: REALES BIP UND HAUPTKOMPONENTEN (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2015)

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
PRIVATER KONSUM	180,490 0,3%	181,371 0,5%	184,304 1,6%	186,920 1,4%	189,027 1,1%	191,607 1,4%	183,264 -4,4%	191,711 4,6%
ÖFFENTLICHER KONSUM	67,440 0,8%	68,033 0,9%	69,257 1,8%	70,010 1,1%	70,619 0,9%	71,075 0,6%	72,497 2,0%	73,584 1,5%
BRUTTOANLAGEINVESTITIONEN	76,380 -0,4%	78,138 2,3%	81,313 4,1%	84,526 4,0%	87,849 3,9%	90,218 2,7%	83,075 -7,9%	86,451 4,1%
LAGERVERÄNDERUNGEN IN PROZENT DES BIP	3,192 0,9	3,791 1,1	3,854 1,1	4,486 1,2	4,368 1,2	4,110 1,1	0,860 0,2	0,960 0,3
INLANDSNACHFRAGE	327,276 0,6%	331,356 1,2%	339,113 2,3%	347,200 2,4%	352,790 1,6%	357,873 1,4%	340,426 -4,9%	353,482 3,8%
AUSSENBEITRAG IN PROZENT DES BIP	13,455 3,9	12,913 3,8	12,326 3,5	12,911 3,6	16,108 4,4	17,012 4,5	7,251 2,1	14,502 3,9
BIP ZU MARKTPREISEN	340,812 0,7%	344,269 1,0%	351,439 2,1%	360,142 2,5%	368,857 2,4%	374,806 1,6%	347,595 -7,3%	367,899 5,8%

TAB. 1/3: WACHSTUMSBEITRÄGE DER REALEN ENDNACHFRAGEKOMPONENTEN (IN PROZENTPUNKTEN)

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
PRIVATER KONSUM	0,161	0,258	0,852	0,744	0,585	0,700	-2,226	2,430
ÖFFENTLICHER KONSUM	0,166	0,174	0,355	0,214	0,169	0,124	0,379	0,313
BRUTTOINVESTITIONEN	0,164	0,755	0,933	1,102	0,899	0,594	-2,805	1,017
ANLAGEINVESTITIONEN	-0,091	0,516	0,922	0,914	0,923	0,642	-1,906	0,971
LAGERVERÄNDERUNGEN	0,146	0,176	0,018	0,180	-0,033	-0,070	-0,867	0,029
EXPORTE I.W.S.	1,470	1,587	1,631	2,692	3,233	1,637	-6,479	4,943
WAREN	1,037	1,153	1,009	2,020	2,488	0,833	-4,050	3,046
Dienstleistungen	0,433	0,434	0,622	0,674	0,749	0,799	-2,387	1,856
IMPORTE I.W.S.	-1,390	-1,746	-1,802	-2,526	-2,345	-1,392	3,874	-2,857
WAREN	-0,756	-1,490	-1,260	-1,632	-1,516	-0,726	2,419	-1,663
Dienstleistungen	-0,654	-0,249	-0,542	-0,889	-0,828	-0,665	1,449	-1,178
BRUTTOINLANDSPRODUKT	0,661	1,015	2,083	2,476	2,420	1,613	-7,260	5,841

TAB. 1/4: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
HAUSHALTSSPARQUOTE	7,3	6,7	7,7	7,3	7,7	8,3	10,9	8,9
ABSOLUTE DIFFERENZEN	0,2	-0,6	1,0	-0,3	0,3	0,7	2,6	-2,0
INVESTITIONSQUOTE	22,7	22,7	23,1	23,5	23,9	24,3	24,0	23,7
ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0,4	0,0	0,4	0,4	0,4	0,3	-0,3	-0,3
REALZINSSATZ	-0,70	-1,55	-1,30	-0,57	-1,01	-1,68	-1,60	-1,03
ABSOLUTE DIFFERENZEN	-1,06	-0,86	0,26	0,72	-0,44	-0,67	0,08	0,57
HVPI - HARMONISIRTER VERBRAUCHERPREISINDEX	99,20 1,5%	100,00 0,8%	100,97 1,0%	103,22 2,2%	105,41 2,1%	106,98 1,5%	108,05 1,0%	109,40 1,3%
REALLÖHNE, BRUTTO JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	47,161 0,1%	47,455 0,6%	47,896 0,9%	47,633 -0,5%	47,859 0,5%	48,372 1,1%	48,133 -0,5%	48,014 -0,2%
ARBEITSPRODUKTIVITÄT JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	9,978 0,0%	9,982 0,0%	10,034 0,5%	10,079 0,5%	10,075 0,0%	10,075 0,0%	9,583 -4,9%	9,993 4,3%
LOHNSTÜCKKOSTEN GESAMTWIRTSCHAFT	122,542 2,1%	125,034 2,0%	127,288 1,8%	128,587 1,0%	131,993 2,6%	135,524 2,7%	143,192 5,7%	138,692 -3,1%
ARBEITSLOSENQUOTE EUROSTAT DEF.	5,6	5,7	6,0	5,5	4,9	4,5	5,8	5,3
ABSOLUTE DIFFERENZEN	0,2	0,1	0,3	-0,5	-0,6	-0,4	1,3	-0,5
BUDGETSALDO MAASTRICHT (% DES BIP)	-2,7	-1,0	-1,5	-0,8	0,2	0,7	-11,5	-4,0
ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0,8	1,7	-0,5	0,7	1,0	0,6	-12,2	7,5

TAB. 2: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	170,935 2,2%	173,921 1,7%	179,347 3,1%	185,457 3,4%	191,389 3,2%	197,113 3,0%	190,125 -3,5%	201,645 6,1%
KONSUM PRIVATE ORGANISATIONEN OHNE ERWERBSZWECK	6,953 6,2%	7,450 7,1%	7,543 1,2%	7,893 4,6%	8,267 4,7%	8,556 3,5%	8,598 0,5%	8,901 3,5%
ÖFFENTLICHER KONSUM	65,972 2,3%	68,033 3,1%	70,275 3,3%	72,184 2,7%	74,526 3,2%	76,789 3,0%	79,891 4,0%	82,103 2,8%
BRUTTOINVESTITIONEN	78,394 2,0%	81,955 4,5%	86,425 5,5%	91,706 6,1%	96,854 5,6%	101,263 4,6%	91,065 -10,1%	96,178 5,6%
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN	39,712 0,1%	41,719 5,1%	45,306 8,6%	47,782 5,5%	50,354 5,4%	52,461 4,2%	46,225 -11,9%	49,771 7,7%
BAUINVESTITIONEN	35,781 2,4%	36,419 1,8%	37,228 2,2%	39,343 5,7%	42,011 6,8%	44,374 5,6%	43,914 -1,0%	45,352 3,3%
STATISTISCHE DIFFERENZ ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0,002 0,382	-0,003 -0,001	0,012 0,015	0,828 0,816	0,322 -0,507	0,136 -0,185	0,136 0,000	0,135 -0,002
INLANDSNACHFRAGE	322,253 2,4%	331,356 2,8%	343,603 3,7%	358,068 4,2%	371,358 3,7%	383,857 3,4%	369,815 -3,7%	388,963 5,2%
EXPORTE I.W.S.	177,855 2,7%	182,769 2,8%	187,408 2,5%	200,099 6,8%	215,057 7,5%	222,152 3,3%	196,386 -11,6%	215,670 9,8%
IMPORTE I.W.S.	166,963 1,8%	169,856 1,7%	173,711 2,3%	187,871 8,2%	200,703 6,8%	207,327 3,3%	190,996 -7,9%	203,142 6,4%
BIP ZU MARKTPREISEN	333,146 2,9%	344,269 3,3%	357,300 3,8%	370,296 3,6%	385,712 4,2%	398,682 3,4%	375,205 -5,9%	401,491 7,0%

TAB. 3: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2015)

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	173,400 0,2%	173,921 0,3%	176,891 1,7%	179,269 1,3%	181,161 1,1%	183,660 1,4%	175,395 -4,5%	183,726 4,8%
KONSUM PRIVATE ORGANISATIONEN OHNE ERWERBSZWECK	7,088 3,4%	7,450 5,1%	7,413 -0,5%	7,650 3,2%	7,866 2,8%	7,947 1,0%	7,867 -1,0%	7,985 1,5%
ÖFFENTLICHER KONSUM	67,440 0,8%	68,033 0,9%	69,257 1,8%	70,010 1,1%	70,619 0,9%	71,075 0,6%	72,497 2,0%	73,584 1,5%
BRUTTOINVESTITIONEN	79,382 0,7%	81,955 3,2%	85,167 3,9%	89,041 4,5%	92,280 3,6%	94,472 2,4%	83,956 -11,1%	87,493 4,2%
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN	40,020 -1,0%	41,719 4,2%	44,712 7,2%	46,729 4,5%	48,662 4,1%	50,097 2,9%	43,835 -12,5%	46,684 6,5%
BAUINVESTITIONEN	36,366 0,3%	36,419 0,1%	36,600 0,5%	37,798 3,3%	39,189 3,7%	40,128 2,4%	39,125 -2,5%	39,712 1,5%
STATISTISCHE DIFFERENZ ABSOLUTE DIFFERENZEN	0,046 0,303	-0,003 -0,049	0,385 0,388	1,261 0,877	0,824 -0,437	0,641 -0,183	0,628 -0,012	0,608 -0,020
INLANDSNACHFRAGE	327,276 0,6%	331,356 1,2%	339,113 2,3%	347,200 2,4%	352,790 1,6%	357,873 1,4%	340,426 -4,9%	353,482 3,8%
EXPORTE I.W.S.	177,361 2,9%	182,769 3,0%	188,385 3,1%	197,845 5,0%	209,488 5,9%	215,526 2,9%	191,243 -11,3%	208,425 9,0%
IMPORTE I.W.S.	163,906 3,0%	169,856 3,6%	176,059 3,7%	184,935 5,0%	193,380 4,6%	198,514 2,7%	183,992 -7,3%	193,923 5,4%
BIP ZU MARKTPREISEN	340,812 0,7%	344,269 1,0%	351,439 2,1%	360,142 2,5%	368,857 2,4%	374,806 1,6%	347,595 -7,3%	367,899 5,8%

TAB. 4: PREISINDIZES (2015 = 100)

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	98,578 2,0%	100,000 1,4%	101,388 1,4%	103,452 2,0%	105,646 2,1%	107,325 1,6%	108,398 1,0%	109,753 1,3%
ÖFFENTLICHER KONSUM	97,823 1,4%	100,000 2,2%	101,471 1,5%	103,106 1,6%	105,533 2,4%	108,039 2,4%	110,200 2,0%	111,578 1,3%
BRUTTOANLAGEINVESTITIONEN	98,839 1,6%	100,000 1,2%	101,503 1,5%	103,076 1,5%	105,142 2,0%	107,335 2,1%	108,503 1,1%	110,031 1,4%
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN	99,231 1,1%	100,000 0,8%	101,328 1,3%	102,254 0,9%	103,478 1,2%	104,720 1,2%	105,453 0,7%	106,613 1,1%
BAUINVESTITIONEN	98,389 2,1%	100,000 1,6%	101,716 1,7%	104,090 2,3%	107,200 3,0%	110,580 3,2%	112,239 1,5%	114,203 1,8%
INLANDSNACHFRAGE	98,465 1,7%	100,000 1,6%	101,324 1,3%	103,130 1,8%	105,263 2,1%	107,261 1,9%	108,633 1,3%	110,038 1,3%
EXPORTE I.W.S.	100,279 -0,1%	100,000 -0,3%	99,481 -0,5%	101,139 1,7%	102,658 1,5%	103,074 0,4%	102,689 -0,4%	103,476 0,8%
IMPORTE I.W.S.	101,865 -1,1%	100,000 -1,8%	98,666 -1,3%	101,588 3,0%	103,787 2,2%	104,440 0,6%	103,806 -0,6%	104,754 0,9%
BIP ZU MARKTPREISEN	97,751 2,2%	100,000 2,3%	101,668 1,7%	102,819 1,1%	104,570 1,7%	106,370 1,7%	107,943 1,5%	109,131 1,1%

TAB. 5: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
WARENEXPORTE	126,109 2,0%	129,184 2,4%	131,522 1,8%	140,641 6,9%	151,599 7,8%	154,980 2,2%	138,436 -10,7%	149,911 8,3%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	37,537 5,4%	38,630 2,9%	40,354 4,5%	43,140 6,9%	45,969 6,6%	48,823 6,2%	44,540 -8,8%	48,705 9,3%
REISEVERKEHR	14,209 2,7%	14,956 5,3%	15,532 3,8%	16,319 5,1%	17,489 7,2%	18,349 4,9%	13,409 -26,9%	17,055 27,2%
EXPORTE I.W.S.	177,855 2,7%	182,769 2,8%	187,408 2,5%	200,099 6,8%	215,057 7,5%	222,152 3,3%	196,386 -11,6%	215,670 9,8%
WARENIMPORTE	125,196 0,2%	126,855 1,3%	128,855 1,6%	139,072 7,9%	147,901 6,3%	150,498 1,8%	139,681 -7,2%	146,709 5,0%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	34,422 7,0%	35,523 3,2%	37,049 4,3%	40,304 8,8%	43,422 7,7%	47,119 8,5%	43,480 -7,7%	47,105 8,3%
REISEVERKEHR	7,345 6,9%	7,478 1,8%	7,806 4,4%	8,495 8,8%	9,379 10,4%	9,710 3,5%	7,835 -19,3%	9,328 19,0%
IMPORTE I.W.S.	166,963 1,8%	169,856 1,7%	173,711 2,3%	187,871 8,2%	200,703 6,8%	207,327 3,3%	190,996 -7,9%	203,142 6,4%

TAB. 6: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2015)

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
WARENEXPORTE	125,255 2,9%	129,184 3,1%	132,658 2,7%	139,758 5,4%	148,717 6,4%	151,790 2,1%	136,611 -10,0%	147,199 7,8%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	37,736 3,7%	38,630 2,4%	40,449 4,7%	42,368 4,7%	44,405 4,8%	46,853 5,5%	42,637 -9,0%	46,047 8,0%
REISEVERKEHR	14,371 0,7%	14,956 4,1%	15,279 2,2%	15,728 2,9%	16,388 4,2%	16,886 3,0%	12,158 -28,0%	15,198 25,0%
EXPORTE I.W.S.	177,361 2,9%	182,769 3,0%	188,385 3,1%	197,845 5,0%	209,488 5,9%	215,526 2,9%	191,243 -11,3%	208,425 9,0%
WARENIMPORTE	121,779 2,1%	126,855 4,2%	131,193 3,4%	136,927 4,4%	142,387 4,0%	145,065 1,9%	135,998 -6,3%	141,778 4,3%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	34,718 5,9%	35,523 2,3%	37,188 4,7%	39,660 6,6%	41,822 5,5%	44,159 5,6%	40,627 -8,0%	43,470 7,0%
REISEVERKEHR	7,433 4,0%	7,478 0,6%	7,678 2,7%	8,330 8,5%	9,151 9,9%	9,267 1,3%	7,368 -20,5%	8,620 17,0%
IMPORTE I.W.S.	163,906 3,0%	169,856 3,6%	176,059 3,7%	184,935 5,0%	193,380 4,6%	198,514 2,7%	183,992 -7,3%	193,923 5,4%

TAB. 7: EXPORT- UND IMPORTPREISINDIZES LT. VGR (2015 = 100)

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
WARENEXPORTE	100,682 -0,9%	100,000 -0,7%	99,144 -0,9%	100,632 1,5%	101,938 1,3%	102,102 0,2%	101,336 -0,8%	101,843 0,5%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	99,474 1,6%	100,000 0,5%	99,765 -0,2%	101,821 2,1%	103,521 1,7%	104,204 0,7%	104,465 0,3%	105,771 1,3%
REISEVERKEHR	98,868 1,9%	100,000 1,1%	101,655 1,7%	103,755 2,1%	106,717 2,9%	108,659 1,8%	110,289 1,5%	112,219 1,8%
EXPORTE I.W.S.	100,279 -0,1%	100,000 -0,3%	99,481 -0,5%	101,139 1,7%	102,658 1,5%	103,074 0,4%	102,689 -0,4%	103,476 0,8%
WARENIMPORTE	102,806 -1,9%	100,000 -2,7%	98,218 -1,8%	101,567 3,4%	103,873 2,3%	103,745 -0,1%	102,708 -1,0%	103,478 0,8%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	99,147 1,1%	100,000 0,9%	99,627 -0,4%	101,626 2,0%	103,828 2,2%	106,703 2,8%	107,023 0,3%	108,361 1,3%
REISEVERKEHR	98,808 2,8%	100,000 1,2%	101,665 1,7%	101,978 0,3%	102,489 0,5%	104,778 2,2%	106,350 1,5%	108,211 1,8%
IMPORTE I.W.S.	101,865 -1,1%	100,000 -1,8%	98,666 -1,3%	101,588 3,0%	103,787 2,2%	104,440 0,6%	103,806 -0,6%	104,754 0,9%
TERMS OF TRADE, GESAMT	98,443 1,0%	100,000 1,6%	100,826 0,8%	99,558 -1,3%	98,913 -0,6%	98,693 -0,2%	98,924 0,2%	98,780 -0,1%
TERMS OF TRADE, GÜTER	97,934 1,0%	100,000 2,1%	100,942 0,9%	99,080 -1,8%	98,137 -1,0%	98,416 0,3%	98,664 0,3%	98,420 -0,2%

TAB. 8: AUSSENHANDELSVERFLECHTUNG ÖSTERREICHS (PROZENT BZW. PROZENTPUNKTE)

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
IMPORTQUOTE, GESAMT	50,117	49,338	48,618	50,736	52,034	52,003	50,904	50,597
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-0,508	-0,779	-0,721	2,118	1,299	-0,031	-1,099	-0,308
IMPORTQUOTE, GÜTER	37,580	36,848	36,064	37,557	38,345	37,749	37,228	36,541
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-0,992	-0,732	-0,784	1,493	0,788	-0,596	-0,521	-0,687
EXPORTQUOTE, GESAMT	53,387	53,089	52,451	54,038	55,756	55,722	52,341	53,717
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-0,055	-0,298	-0,638	1,587	1,718	-0,034	-3,381	1,376
EXPORTQUOTE, GÜTER	37,854	37,524	36,810	37,981	39,304	38,873	36,896	37,339
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-0,322	-0,330	-0,714	1,171	1,323	-0,431	-1,977	0,442

TAB. 9: ARBEITSMARKT (1000 PERSONEN BZW. PROZENT)

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
ERWERBSFÄHIGE BEVÖLKERUNG	5506,268 0,6%	5554,650 0,9%	5612,242 1,0%	5625,702 0,2%	5629,901 0,1%	5630,757 0,0%	5625,072 -0,1%	5613,750 -0,2%
ERWERBSQUOTE	77,978 0,8%	78,662 0,9%	78,988 0,4%	79,815 1,0%	80,856 1,3%	81,632 1,0%	82,122 0,6%	82,532 0,5%
ERWERBSPERSONEN	4293,657 1,4%	4369,385 1,8%	4432,984 1,5%	4490,172 1,3%	4552,091 1,4%	4596,332 1,0%	4619,400 0,5%	4633,153 0,3%
INLÄNDISCHE ERWERBSPERSONEN	3624,041 0,4%	3657,227 0,9%	3679,503 0,6%	3692,309 0,3%	3703,340 0,3%	3700,481 -0,1%	3705,632 0,1%	3687,403 -0,5%
AUSLÄNDISCHES ARBEITS- KRÄFTEANGEBOT	669,616 7,4%	712,158 6,4%	753,482 5,8%	797,863 5,9%	848,751 6,4%	895,851 5,6%	913,768 2,0%	945,750 3,5%
SELBSTÄNDIG ERWERBSTÄTIGE	470,900 1,7%	480,200 2,0%	488,800 1,8%	494,900 1,2%	498,500 0,7%	497,700 -0,2%	495,212 -0,5%	497,192 0,4%
UNSELBSTÄNDIGES ARBEITSKRÄFTEANGEBOT	3822,757 1,4%	3889,185 1,7%	3944,184 1,4%	3995,272 1,3%	4053,591 1,5%	4098,632 1,1%	4124,189 0,6%	4135,961 0,3%
UNSELBSTÄNDIG AKTIV-BESCHÄFTIGTE	3415,529 0,7%	3448,745 1,0%	3502,431 1,6%	3573,088 2,0%	3661,127 2,5%	3720,041 1,6%	3627,040 -2,5%	3681,446 1,5%
K(U)G-BEZ., ST-DLU UND PRÄSENZDIENER	87,871 -3,7%	86,109 -2,0%	84,440 -1,9%	82,208 -2,6%	80,357 -2,3%	77,263 -3,9%	75,138 -2,8%	75,138 0,0%
ARBEITSLOSE	319,357 11,2%	354,332 11,0%	357,313 0,8%	339,976 -4,9%	312,107 -8,2%	301,328 -3,5%	422,010 40,1%	379,377 -10,1%
ARBEITSLOSENQUOTE NAT.DEF. ABSOLUTE DIFFERENZEN	8,354 0,736	9,111 0,757	9,059 -0,051	8,509 -0,550	7,700 -0,810	7,352 -0,348	10,233 2,881	9,173 -1,060

TAB. 10: EINKOMMENSVERTEILUNG (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
ARBEITNEHMERENTGELT LAUT VGR	158,789 2,8%	163,661 3,1%	170,081 3,9%	176,073 3,5%	185,109 5,1%	193,127 4,3%	189,240 -2,0%	193,999 2,5%
BRUTTOBETRIEBSÜBERSCHUSS/ SELBSTSTÄNDIGENEINKOMMEN	131,921 3,3%	135,955 3,1%	141,842 4,3%	147,780 4,2%	153,529 3,9%	156,823 2,1%	138,207 -11,9%	158,778 14,9%
PRODUKTIONSABGABEN MINUS SUBVENTIONEN	42,436 1,9%	44,653 5,2%	45,376 1,6%	46,443 2,4%	47,074 1,4%	48,733 3,5%	47,758 -2,0%	48,714 2,0%
BIP ZU MARKTPREISEN NOMINELL	333,146 2,9%	344,269 3,3%	357,300 3,8%	370,296 3,6%	385,712 4,2%	398,682 3,4%	375,205 -5,9%	401,491 7,0%
PRIMÄREINKOMMEN AUS DEM AUSLAND, NETTO	0,439 -49,8%	-3,390 -872,2%	-0,027 -99,2%	-3,290 12111,4%	-1,059 -67,8%	-0,953 -10,0%	-1,048 10,0%	-1,069 2,0%
ABSCHREIBUNGEN LAUT VGR	59,947 3,2%	61,605 2,8%	63,772 3,5%	66,305 4,0%	69,261 4,5%	72,205 4,3%	74,732 3,5%	77,347 3,5%
NETTO-NATIONALEINKOMMEN ZU MARKTPREISEN	273,638 2,6%	279,275 2,1%	293,501 5,1%	300,701 2,5%	315,392 4,9%	325,525 3,2%	299,425 -8,0%	323,075 7,9%
LAUFENDE TRANSFERS AUS DEM AUSLAND, NETTO	-3,113 -20,4%	-3,146 1,1%	-3,446 9,5%	-2,723 -21,0%	-3,860 41,7%	-3,937 2,0%	-4,035 2,5%	-4,156 3,0%
VERFÜGBARES NETTOEINKOMMEN DER VOLKSWIRTSCHAFT	270,525 2,9%	276,128 2,1%	290,055 5,0%	297,978 2,7%	311,533 4,5%	321,588 3,2%	295,390 -8,1%	318,918 8,0%

TAB. 11 : MONETÄRER BEREICH (JAHRESDURCHSCHNITTE IN MRD. € BZW. PROZENT)

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
EINLAGEN VON INLÄNDISCHEN NICHTBANKEN	305,161 1,6%	318,657 4,4%	332,764 4,4%	346,681 4,2%	362,125 4,5%	375,397 3,7%	387,410 3,2%	394,771 1,9%
DAVON SPAREINLAGEN	149,971 -2,2%	147,147 -1,9%	145,707 -1,0%	147,435 1,2%	152,784 3,6%	153,490 0,5%	151,495 -1,3%	149,374 -1,4%
KREDITVOLUMEN (FORDERUNGEN AN INLÄNDISCHE NICHTBANKEN)	319,730 -0,1%	323,817 1,3%	328,388 1,4%	331,592 1,0%	342,859 3,4%	359,089 4,7%	366,630 2,1%	368,463 0,5%
EURIBOR 3M	0,21	-0,02	-0,26	-0,33	-0,32	-0,36	-0,38	-0,39
ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0,01	-0,23	-0,24	-0,07	0,01	-0,04	-0,02	-0,01
ÖSTERREICHISCHE BENCHMARKRENDITE 10J	1,48	0,75	0,37	0,56	0,69	0,05	-0,12	0,07
ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0,51	-0,73	-0,38	0,19	0,13	-0,64	-0,17	0,19

TAB. 12: WECHSELKURSE

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
USD/EUR	1,33 0,0%	1,11 -16,5%	1,11 -0,4%	1,13 2,2%	1,18 4,5%	1,12 -5,2%	1,12 0,0%	1,13 0,9%
GBP/EUR	0,81 -5,0%	0,73 -9,9%	0,82 12,7%	0,88 7,0%	0,89 1,0%	0,88 -0,6%	0,89 1,1%	0,90 1,1%
YEN/EUR	140,41 8,4%	134,35 -4,3%	120,33 -10,4%	126,66 5,3%	130,37 2,9%	122,09 -6,4%	121,21 -0,7%	121,75 0,4%
CHF/EUR	1,21 -1,3%	1,07 -12,0%	1,09 2,0%	1,11 2,0%	1,16 3,9%	1,11 -3,9%	1,07 -3,6%	1,06 -0,9%